

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand B 2

22



Kreisarchiv Stormarn B2

19 Bad-Oldesloe, den 6./11. 1949.

7. 11. 1949 X₁

An den

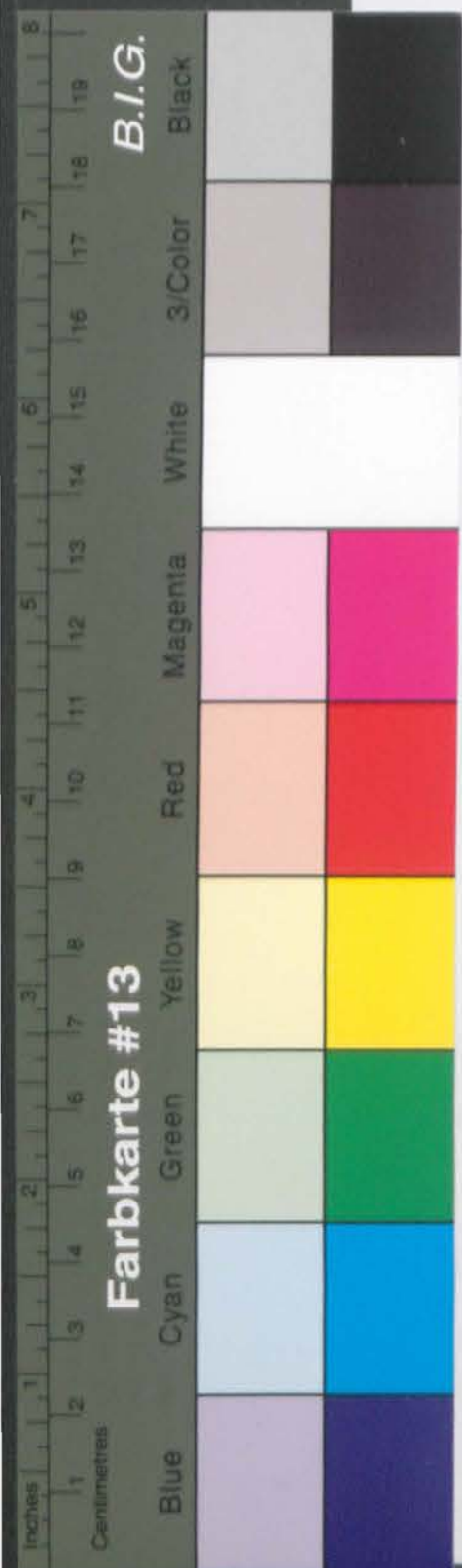
Sonderhilfsausschuß Stormarn

Bad-Oldesloe

Ich stelle hiermit den Antrag auf
Hafenschädigung für erlittene Freiheits-
entziehung.

Ich, Erich Appelt, geb. 12.6.1919. in
Fritzlar, Wohnhaft in Oldesloe, Wolken-
weheweg 46. früherer Wohnort war
Erfurt, Holbeinstr. 15. Ich bin jetzt
als Läger in einer Lübecker-Küche-
austalt tätig. Mein Beruf ist Chemie-
graph und Fotograf. mein Einkom-
men beträgt wöchentlich 65 DM netto.
Verhaftet wurde ich in Kaamanien (Fin-
land) wegen Zersetzung der Wehrkraft
und Untergrabung der Manneszucht am
11.9.1944. Die einzelnen Stationen meiner
Hast waren Salmijärvi, Banak, Alta,
Narvik, Akerhus (Oslo) Akerhus (Dänemark)
und Lübeck (Lauenburg). Dabei lege ich
eine beglaubigte Abschrift des Feldgerichts-
urteils bei und gebe auf Wunsch
weitere Zeugen aus meiner Haftzeit an.

D.W.



Kreisarchiv Stormarn B2

Meine Haftzeit würde durch den Einzug
der Engländer am 5.5.1945. in Lübeck
beendet.

hochachtungsvoll!

Erich Appelt

1. Auflage

2

Protokoll -.-.-.-.-

der 98. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn
am 20. August 1953 in Bad Oldesloe

Es waren anwesend:

- a) Herr Siege,
- b) Frau Hilmann,
- c) Herr Gering,
- d) Herr Dabelstein,

Vorsitzender,
Beisitzerin,
Beisitzer,
Geschäftsführer.

Vorlage: Beschluss des Sonderhilfeausschusses des Landes in Sachen
Erich A p p e l t in Bad Oldesloe.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss nahm von dem die Ausnahme-
genehmigung nach § 7 des Haftentschädigungsgesetzes
erteilenden Beschluss des Sonderhilfeausschusses des
Landes Kenntnis.

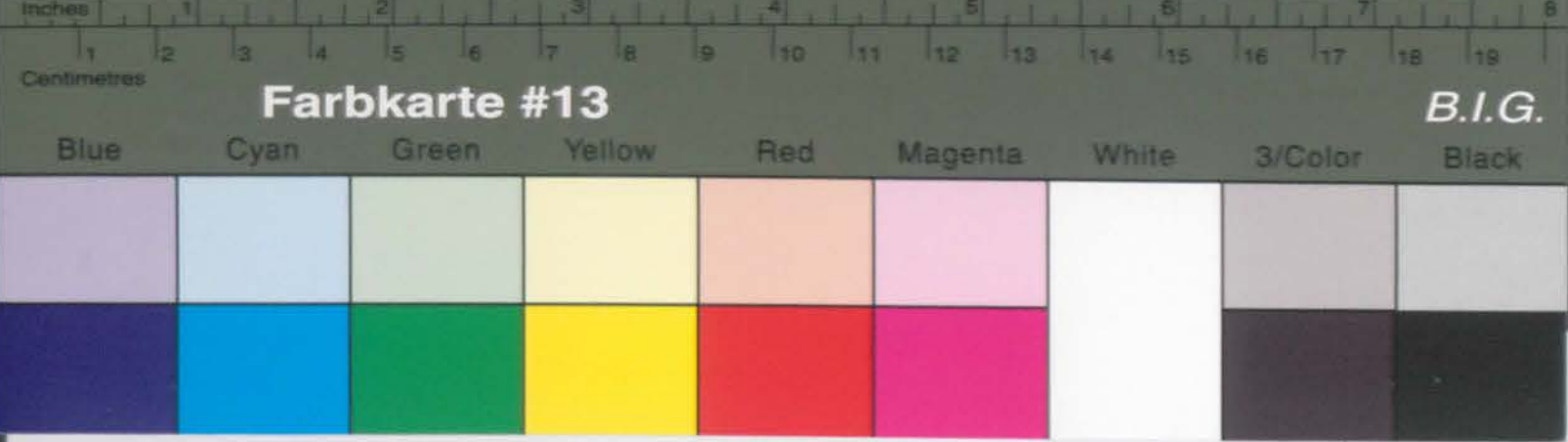
Siege
Vorsitzender.

Hilmann
Beisitzerin.

Gering
Beisitzer.



姓名:
 性别:
 年龄:



Kreisarchiv Stormarn B2

Bezugnahme auf umstehenden Auszug urschriftlich zurück:

Urschriftlich mit der Bitte um Auskunft.

Ort und Datum: Bad Oldesloe
den 10.2.50

Behörde: Verwaltung des Kreises Stormarn
- Der Kreisdirektor -

Im Auftrage: [Signature]
(Unterschrift)

Oberstaatsanwalt
17-FEB-1950
Nr. 57

Kreis Stormarn
9

10 KASSEL
NOTAR
2 BERLIN
STADT

Hessische
Justizverwaltung

Deutsche Post
020

An die
Kreisverwaltung Stormarn
Abtg. 4-1/9
in B a d O l d e s l o e

An

die Staatsanwaltschaft
— Strafregister —

I I C a s s e l

Anmerkung:
Die Anschrift muß von der ersuchenden Dienststelle mit ausgefüllt werden.

4

a b s c h r i f t

Strafregisterauszug betr. den Krich Appelt geb. am 12.6.19 in Kassel.

25.11.44 Feldgericht d. Bliesgertshaus 3 K.St.L. 99/44 wegen Unterdrückung der Manneszucht zu 3 Jahren Zuchthaus Verlust der Wehrfähigkeit. Durch VfG. v. 30.12.44 hat der Gerichtsherr die Zuchthausstrafe unter Aufrechterhaltung des mit dem Verlust der Wehrfähigkeit verbundenen Kampferwerbes umgewandelt und die Vollstreckung in einer Feldstrafanstalt anzuordnen. Das Urteil ist im übrigen bestätigt. worden.

Kassel, den 16. Feb. 1950

(L.S.)
Der Strafregisterführer
gez. Unterschrift

Кремль, где 12-го ноября 1990

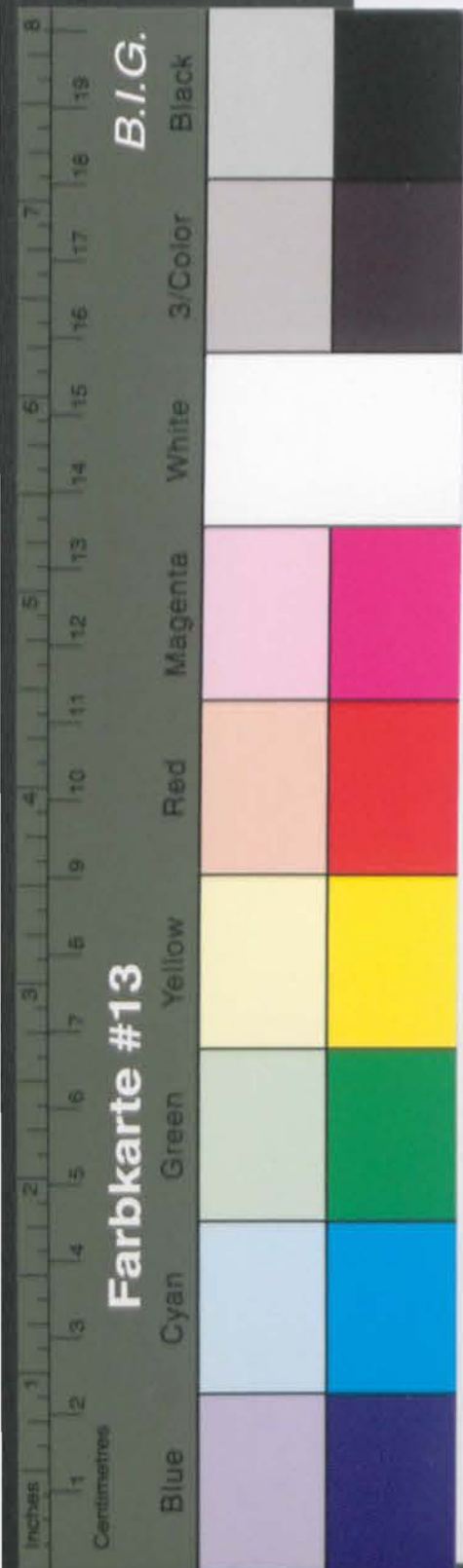
БОН. ДОКТОРАТИЛ
ДЕР. СТИМЕНАЛНУС

(T.2.)

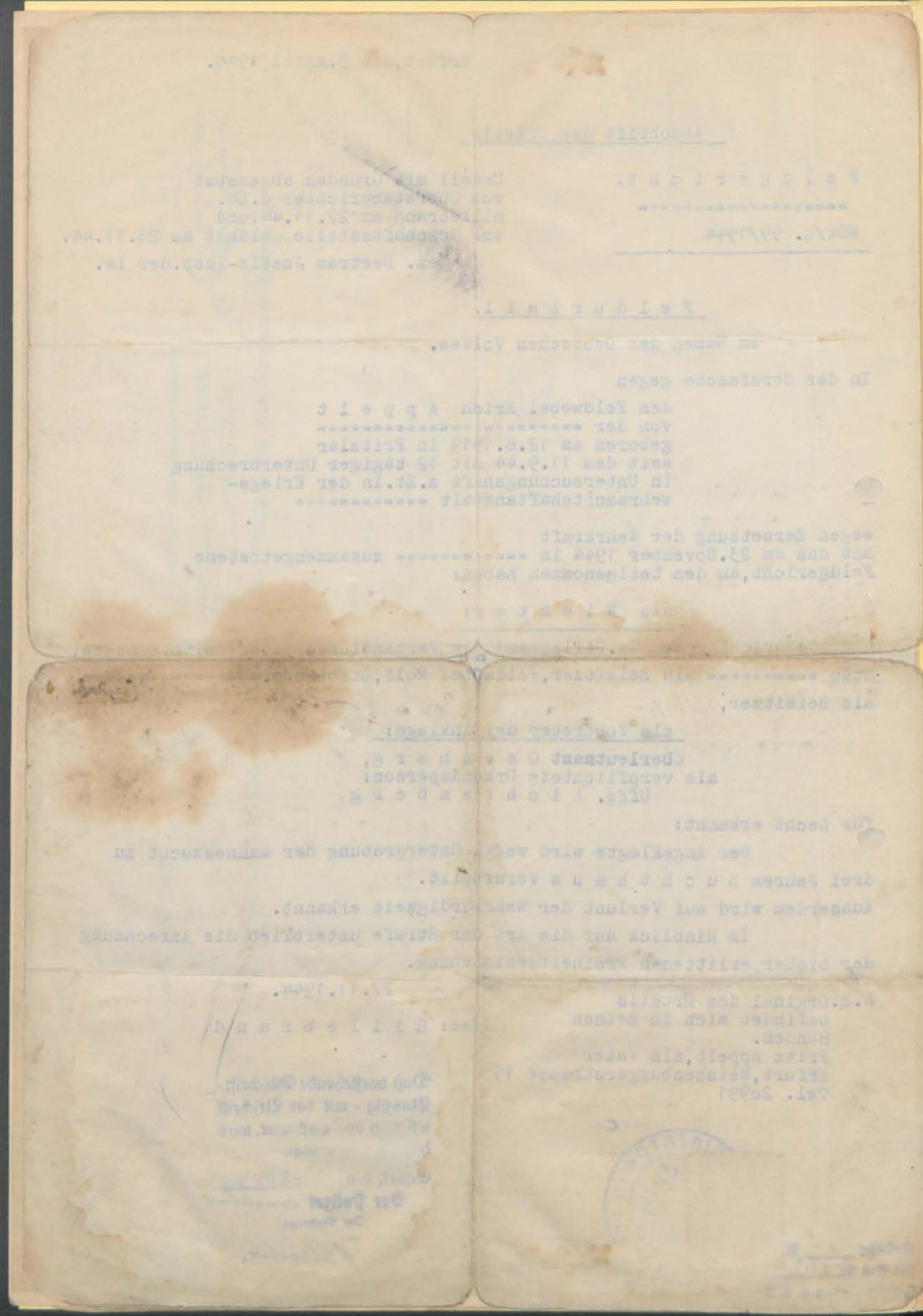
~~4~~ 5

Harish.

Gr. 2 Hr. 1-2 21
 Gr. 3 Hr. 885/4
 Gr. 4 Hr. 2, 3, 4, 5



Kreisarchiv Stormarn B2

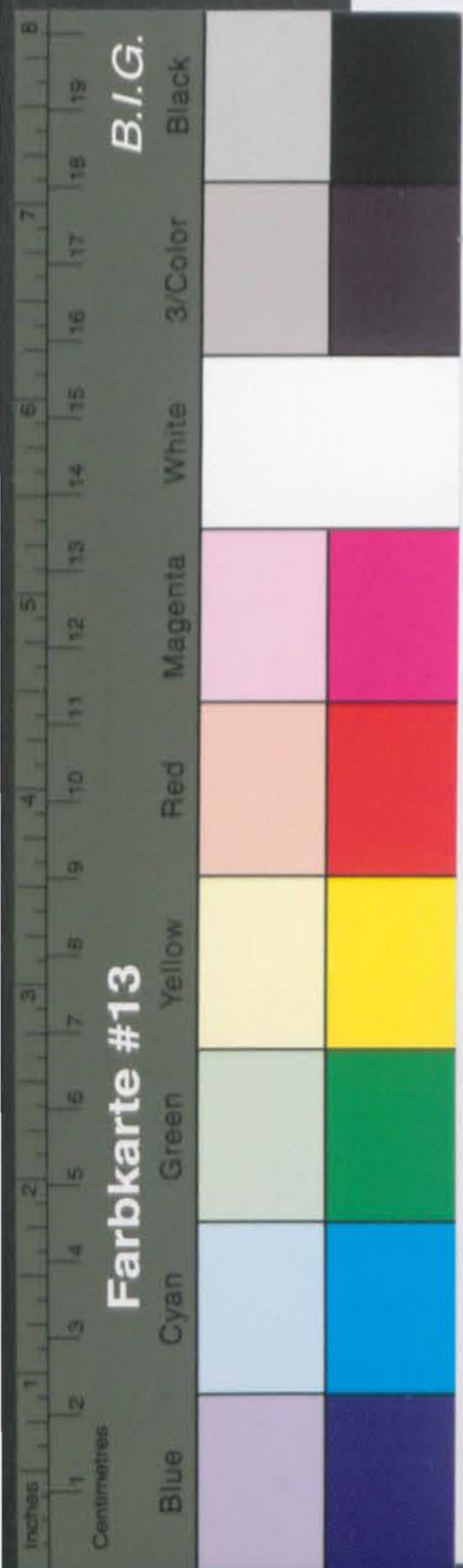


Bad Oldesloe, den 12. Febr. 1950. f6

An die
Verwaltung des Kreises Stormarn
Bad Oldesloe
Abtlg. Kreisrunderhilfsausschuss

Da Sie um eine eingehende Darstellung
der Gründe, die zu meiner damaligen Verhaftung
geführt haben, bitten, will ich Ihnen den
Vorgang schildern. Meine Ausführungen kann
ich jederzeit auf Verlangen, durch Zeugen
aus meinem früheren Kameradenkreis,
bekräftigen.

Durch meine Erziehung in einem nicht-
nationalsozialistischen Elternhaus, mein
Vater war Sozialdemokrat, bin ich schon
immer gegen die Propaganda des 3. Reiches
unauffällig gewesen. Meiner Meinung
ließ ich auch im Kreise von Kameraden
ziemlich offen freien Lauf. Ich war daher
schon lange vor meiner Verhaftung als
"rot" verschrien, was mir auch im Kreis
von allen Unteroffizieren meiner damaligen
Einheit durch den Staffelführer gesagt
wurde. Oft wurde ich gerannt und nahm
mich dann auch zusammen, aber gegen
diesen Blödsinn und Lügen konnte ich
dann doch nicht auf die Dauer schweigen.
Im Jahre 1943 wurde mich ein Unteroffizier



Kreisarchiv Stormarn B2

melden, da ich das Ende des Krieges und die von Adolf Hitler im März 43 am Tag der Wehrmacht gemachten Verlustangaben über Tote des Krieges offen angezweifelt hatte. Nur ein Glückszustand rettete mich damals aus dieser Gefahr. Im Jahre 1944 am 8. Sept. machte ich über den 'Endsieg' und über unsere Offiziere, die uns bewußt in den Untergang führen, einige abfällige Bemerkungen. Ich hielt diese Behauptungen auch einen Tag später, gegenüber dem Chef, aufrecht und das führte zu meiner Verhaftung. Durch die Rückzüge und Verluste der Staffel waren bei der Kriegsgerichtsverhandlung nicht alle Zeugen anwesend, so dass ich mich freuen konnte, nur 3 Jahre Zuchthaus bekommen zu haben. Die Strafe bekam ich wegen Zersetzung der Wehrkraft und wegen Untergrabung der Manneszucht. Da ich auch aus den Tagen meiner Haftzeit einen leidensgefährdeten hier am Ort habe, würde ich diesen ebenfalls jederzeit als Zeuge angeben.

Dieses sind in groben Zügen meine Darstellungen, die zu meiner Verurteilung führten. Sollten Unklarheiten von Ihrer Seite bestehen, würde ich Ihnen gern einige Zeugen nennen, die Ihnen über diese Angelegenheit berichten können.

B

hochachtungsvoll!

Erich Appelt

Siegburg, den 14. März 1950.

Vorgeladen erscheint der Verw. Angestellte

Karl Lindenstreich,

geb. am 24.3.18 in Siegburg, in Siegburg,

Humperdinckstr. 17 wohnhaft und erklärt: Während des Krieges war ich bei der Fernaufklärungsgruppe 124 - 1. Staffel, und zwar vom 1. Juli 38 bis 18.11.44. Erich Appelt kam zu dieser Einheit im Jahre 1942 oder 1943. Unsere Einheit lag damals in Finnland (Flugplatz Kaamanen). Es war im Oktober oder September 44 als wir auf dem Flugplatz Wache hatten. Bei dieser Gelegenheit sagte Appelt ungefähr folgendes: „Wenn ich merke, dass das fliegende Personal mit den Maschinen losstarten würde und uns keine Gelegenheit geboten wird von hier aus wegzukommen, schneide ich denen die Luftreifen entzwei, damit sie nicht starten können.“ Ausser mir waren noch eine Anzahl anderer Kameraden zugegen, die das ebenfalls gehört hatten. Die von Appelt gemachten Äusserungen wurden dem Staffelfkapitän von einem mir unbekannten Staffelfangehörigen gemeldet. Ich kann mich heute nicht mehr daran erinnern, wer s.Zt. Staffelfkapitän war. Dieser muss den Vorgang weiter gemeldet haben, so dass gegen Appelt eine Kriegsgerichtsverhandlung eingeleitet wurde. Der Ausgang der Kriegsgerichtsverhandlung ist mir nicht bekannt. Ich war damals Unteroffizier und Appelt Feldwebel.

Als ich 1944 nach Deutschland versetzt wurde, traf ich Appelt flüchtig in Norwegen auf einer Fähre. Während ich diese verliess, wurde Appelt in Begleitung von zwei Soldaten auf die Fähre gebracht.

Bei dieser Gelegenheit rief er mir zu, dass er zur Kriegsgerichtsverhandlung geführt würde. Nach dieser Zeit habe ich nichts mehr von Appelt gehört. Ob Appelt auf Grund der oben angeführten Äusserung zu der Kriegsgerichtsverhandlung geführt wurde, kann ich nicht sagen. Ich nehme das aber an, da Appelt sich sonst nie etwas zu schulden kommen lassen.

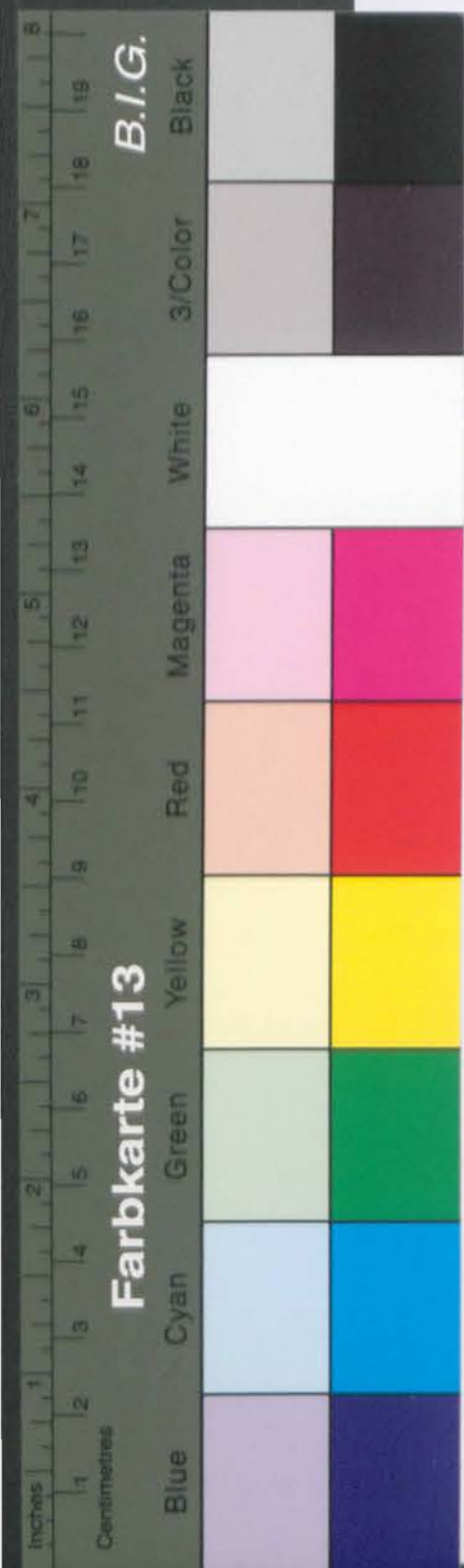
Weitere Angaben kann ich zur Sache nicht machen. Ich bin auf § 8 des Haftentschädigungsgesetzes hingewiesen worden. Ich kann nur sagen, dass meine Angaben der Wahrheit entsprechen.

Geschlossen:

Kainet
Krim.-Pol.-Mstr.

v. g. u.

Karl Lindenstreich



Kreisarchiv Stormarn B2

Die Polizeibehörde
des Regierungsbezirks Köln
Polizeikreis B 2 - Siegburg -
Kriminalpolizei - Tgl. Nr. 394/50 ✓

Siegburg, den 14. März 1950.

Unschriftlich

der Verwaltung des Kreises Stormarn
-Der Kreisdirektor -

in B a d O l d e s l o e

zurückgesandt.

I. A.
Kaiser
(Kaiser)
Krim.-Pol.-Mstr.

Kriminalpolizeistelle

Lübeck, am 15. 3. 1950. 8

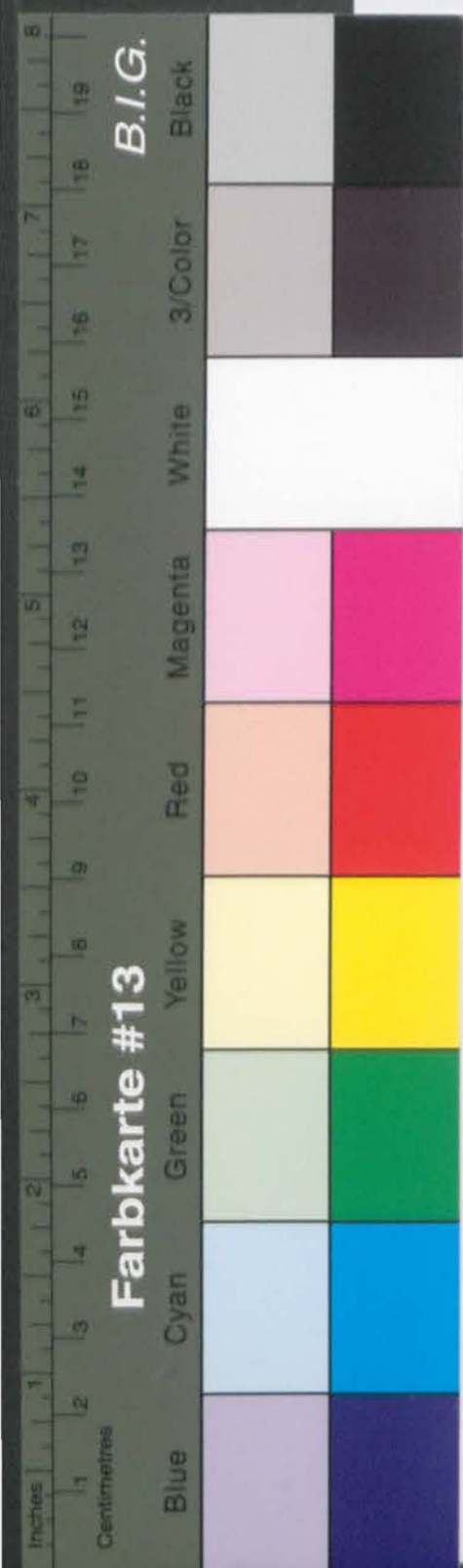
Vermerk: Der jetzige Gewerkschaftssekretär des DGB,
Ortsverwaltung LÜBECK, Helmut G r e w s m ü h l
geb. 28.2.1918 Nürnberg, wohnhaft Lübeck, Ludwig-
strasse 40, zu dem anliegenden Ersuchen befragt
und gehört, erklärte folgendes:
Ich habe den damaligen Unteroffizier Erich
A p p e l t in der Zeit vom Juni 1942 - Dezember 1943
anlässlich der Zugehörigkeit zur Fernaufklärungs-
staffel 124, Kirkenes (FP Nr 22641) kennengelernt.
In dieser Zeit habe ich mich oft mit A. unterhalten
und dabei aus seinen Äußerungen entnommen, dass
er dem Nat.Soz. Regime gegenüber sehr kritisch
eingestellt war und sich sowohl der Führung als
auch besonders einzelnen Personen gegenüber ab-
lehrend verhielt. So lange ich zu der genannten
Einheit gehörte, war es aber mit Appelt noch zu
keinem Zusammenstoß mit Vorgesetzten pp gekommen.
Es ist dieses, wie ich später erfahren habe, erst im
Jahre 1944 erfolgt.

Ich traf die Staffel und deren Angehörige dann
Ende 1944 in Nordfinnland und erfuhr nunmehr, dass
Appelt festgenommen und ein Verfahren vor dem Kriegs-
gericht wegen groben Verstoßes gegen die Mannes-
zucht eingeleitet war. Eine Verurteilung war aber
zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgt. Ich kann
daher aus eigener Wahrnehmung keine Angaben über
Einzelheiten, die zur damaligen Einleitung des
Verfahrens und späteren Verurteilung führten,
machen. Diese Angaben könnte aber ganz bestimmt
der damalige Staffelangehörige Bernhard KLINK,
zuletzt wohnhaft in Oberdross, Bonn-Land, Bahnposten 18
machen. Klink war auf der Schreibstube beschäftigt
und war über die Vorgänge gegen Appelt genau
unterrichtet. Von Klink habe ich auch die Mittei-
lungen im Jahre 1944 erhalten, dass Appelt fest-
genommen sei. S. Zt. war dem Klink das Strafmaß
ebenfalls noch nicht bekannt. Persönlich kann ich
keine Angaben machen, wann, wo und weswegen eine Ver-
urteilung des Appelt erfolgte. Ich verweise aber
auf Klink, der in der Lage sein muss, eine genaue
Darstellung des Sachverhalts zu geben.

Von Appelt ist mir dann nach der Kapitulation
als wir uns zufällig trafen, erzählt worden, wie
es ihm erging und dass er wenn ich recht erinne
mit 3 Jahren Zuchthaus bestraft wurde.

Begl.

M. Müller
Krim. Pol. Inspektor.



Kreisarchiv Stormarn B2

Kriminalpolizeistelle
2.Ref.Tgb.Nr.1483/50

Lübeck, am 15. 3. 1950.

Urschriftlich

dem Kreissonderhilfsausschuss
des Kreises STORMARN

BAD OLDESLOE

unter Bezugnahme auf den vorstehenden Vermerk über die
Befragung des p. CREWSMÜHL zurückgeleitet.

J. A.

Beumelburg
(Beumelburg)
Krim. Pol. Inspektor.

14.Rev.(K)
Tgb.Nr.162/50

Hamburg, 20.3.1950

Es erscheint an der Dienststelle der selb.Kaufmann

Herbert H e s s e,
geb.17.2.1917 in Hamburg,
wohn. Hbg.Lghn., Wördemoorweg 97,
und macht nach Belehrung zur Sache folgende Angaben:

„Erich A p p e l t ist mir von der Wehrmacht her bekannt. Wir
Zeit/waren in der von 1942 bis zu seiner Verhaftung 1944 bei einer Luft-
waffeneinheit zusammen an einer Bildstelle, die ich geleitet habe.
Ich war Oberfeldwebel und A p p e l t war Feldwebel. Ich war sein
Vorgesetzter. Wir waren in Finnland und zuletzt in Norwegen.

Bei unserer Dienststelle hatten wir Einblick in viele Sachen und
erkannten auch schon früh, daß der Krieg nicht zu gewinnen war und
daß die Wehrmachtsberichte zum größten Teil erlogen waren. A p p e l t
der als Soldat, 100 % seine Pflicht tat, war aber ein Gegner des
Nationalsozialismus und hat niemals ein Mehl daraus gemacht. Er wurde
oft angefeindet und ich habe immer wieder vermitteln müssen, daß man
ihn nicht schon lange anzeigte. Bei jeder Gelegenheit versuchte er an-
dern seine Meinung zu sagen, was von vielen aber nicht verstanden wurde.
Mittlerweile in der Staffel bekannt geworden und man hat ihm nach-
her eine Falle gestellt. Er wurde in ein politisches Gespräch verwickelt,
wozu noch Zeugen vom fliegenden Personal hinzugezogen wurden. Er
kam dann noch zu mir und sagte, daß er wohl Mist gemacht hätte, man
habe ihm eine Falle gestellt. Ich konnte aber auch nichts in der An-
gelegenheit unternehmen, da der Vorfall schon gemeldet war. So kam
es dann zu seiner Verhaftung im Oktober 1944.

Ich habe ihn dann nicht mehr gesehen und unsere Bildstelle wurde nach
dem Vorfall auch aufgelöst. In den Jahren 1946-47 habe ich ihn dann
wieder in Deutschland getroffen.

Nach meiner Meinung hat A p p e l t nur seine politische Meinung
kundgetan, denn er war kein Gegner vom Soldatentum. Und nur aufgrund
seiner freien Meinungsäußerung in Betreff auf politische Dinge hat
man ihn festgenommen.

Weitere Angaben kann ich zur Sache nicht machen.“

revl. *Boog* m.P.(K)

Polizei Hamburg
14.Rev.(K)
Tgb.Nr. 162/50

Hamburg, 20.3.1950
Tel.597790/2714

Bitte um Weiterleitung an
Urschriftlich über ZR XII

an die Verwaltung des Kreises Stormarn
Abt. 4 -1/9 - Kreissonderhilfsausschuss -
in Bad Oldesloe

zurückgesandt.

I.A. I.V.

Barthelme
(Barthelme) Pol. Insp. I (K)

ZR XIII 311/50 94

Verwaltung
des Kreises Stormarn
28.10.1950

22.3.50



Kreisarchiv Stormarn B2

- Appelt - D./K.

Bad Oldesloe, den 13. Juli 1950 13

J. Stahn, C

Der
12.6
Zuch
nis
Ich
vorh
des

An die
Staatsanwaltschaft
- Straßregistrierer -
in K a s s e l

In der Anlage wird der gegen Rückgabe überreichte Straßregistrierer auszu-
betr. Erich A p p e l t nach Einsichtnahme mit Dank zurückgesandt.
Ist dort bekannt, wo ggf. eine Abschrift des Urteils zu erhalten ist?

Lenkbohrer-Druckerei Bad Oldesloe - 32 225 - 715

Kassel, den 1. u. 11.11.1950
Der Straßregistrierer

Ich habe nun Appelt bei der Überführung. Im Auftrag:
Halle der Jugendzeit beim Generalbundsanwalt in
Kassel, den 1. u. 11.11.1950
Der Straßregistrierer

haft in
4 wegen
worden.
teils
ng nicht
ge ist.



Verwaltung
des Kreises Stormarn
- Der Kreisdekanat -

Am: 4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
S.Z.: - Appelt - D./K.

Bad Oldesloe, den 7. März 1950
Friedrich, Sammler, 131
Bankkonto: Nr. 1055 bei der Kreispfandkasse
Postfachkonto: Hamburg 13

12
10
wolkenweherweg 46
9 in Fritzlar Zahlung
ufenthalt vom 11.9.44
n Zersetzung der Wehr-
als Unterlage reicht der
urteils ein, wonach der
Zuchthaus verurteilt
rue auf Verlust der

t der Gerichtsherr die
2.44 bedingt in eine Ge-
lederverleihung der
igkeit zur Wehrmacht,
ist der Wehrwürdigkeit
a die Vollstreckung
geordnet.
er Antragsteller an,
icht nationalsozialisti-
demokrat - sei er schon
e unempfänglich gewesen.
i Kameraden ziemlich
ill schon lange vor
worden sein. Er will
te usw. gemacht haben
a unrichtig bezeichnet
l Lindenstreich wurde
, dass der Antragstel-
anlässlich einer Wache
te, dass er, wenn er
an Maschinen los starten
werde, von Finnland aus
der Flugzeuge entzwei,
sen Ausserungen waren
von Appelt gemachten
unbekannten Staffelan-
asserungen wurde als-
tet.
kenntnis Angaben nicht

bestätigte, dass der
die NSDAP und deren
ständig gewarnt, der-
jedoch nicht geschah.
gestellt worden sein,
lt wurde und hier
Verhaftung führten.
ch zunächst noch nicht,
polit. Straftat anzu-
alle ohne weiteres als
Antragsteller hat wei-
me Haftzeit nicht er-
rung einer Haftent-
at gegeben.

Kreisarchiv Stormarn B2

- Appelt - D./K.

Bad Oldesloe, den 13. Juli 1950 13

Der zu
12.6.1
setzun
Zucht
nis en
Ich bi
vorhan
des Ur

An das
Männer
in L ü

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
in H a m b u r g.

Alt.: 4-1/9-Kreisonderhiltseusschuss -
Z.: - Appelt - D./K.

Verwaltung
des Kreises Stormarn

— Der Kreisdirektor —

29 Bad Oldesloe, den 29. März 1950
 Fernruf: Sammel-Nr. 151

Bankkonto: Nr. 1025 bei der Kreissparkasse
Postfach-Konto: Hamburg 13

Wolkenweherweg 46
 in Fritzlar Zahlung
 Aufenthalt vom 11.9.44
 Zersetzung der Wehr-
 als Unterlage reicht der
 urteile ein, wonach der
 Zuchthaus verurteilt
 de auf Verlust der

Der Gerichtsherr die
2.44 bedingt in eine Ge-
leuerverleihung der
igkeit zur Wehrmacht,
ist der Wehrwürdigkeit
die Vollstreckung
geordnet.

er Antragsteller an,
nicht nationalsozialistis-
demokrat - sei er schon
unempfänglich gewesen.
Kameraden ziemlich
schon lange vor
worden sein. Er will
usw. gemacht haben
unrichtig bezeichnet
Lindenstreich wurde
dass der Antragstel-
lässlich einer wache
dass er, wenn er
in Maschinen los starten
werde, von Finnland aus
der Flugzeuge entwei-
sen Ausserungen waren
von apfelt gemachten
unbekannten Staffelan-
isierungen wurde eis-
tet.
kenntnis Angaben nicht

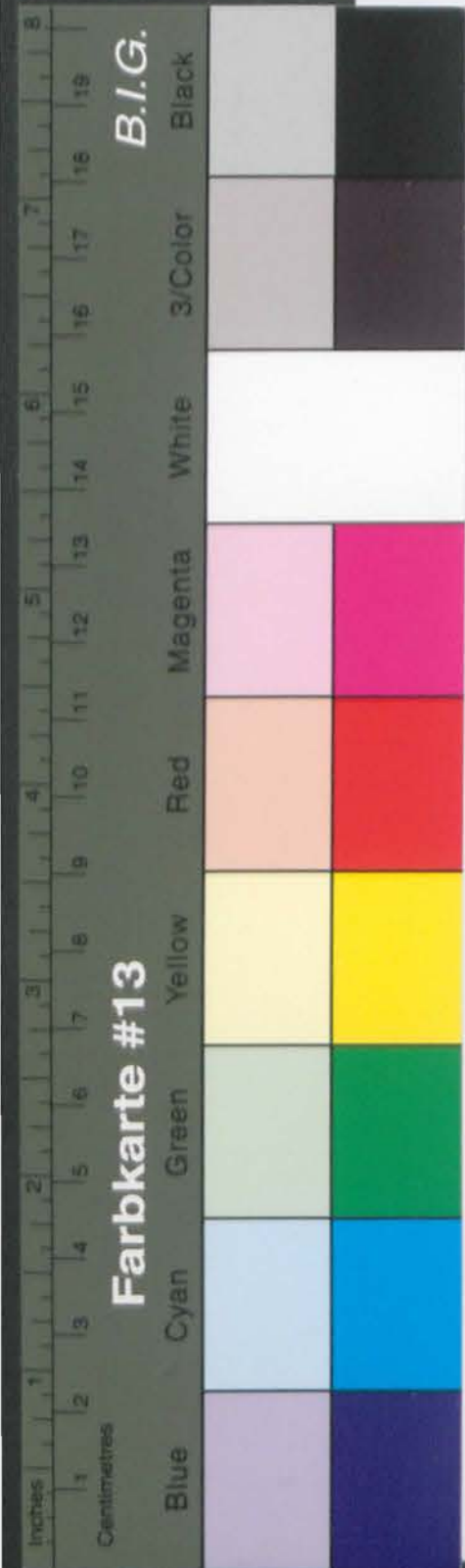
bestätigte, dass der
die NSDAP und deren
ständig gewarnt, der-
jedoch nicht geschah.
gestellt worden sein,
elt wurde und hier
Verhaftung führten.
ich zunächst noch nicht,
s polit. Straftat anzu-
falls ohne weiteres als
er Antragsteller hat wei-
ere Hattzeit nicht er-
hrung einer Hattent-
nt gegeben.

J. Schutte, DR

A. Schulte, DR 786, Bad Oldesloe

Der zu Fritzlar am 12.6.19 geborene Herrich, a p e n t, jetzt wohnhaft in Bad Oldesloe ist durch Urteil des Feldgerichtes Emden am 23.11.44 wegen Übergang der Manneszucht zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Verteilung erfolgte unter dem Aktz.: Kst. - I 99/44. Es wird um Mitteilung gebeten, ob dort noch die Abschrift des Urteils nebst Gründen vorhanden ist, da insbesondere die Urteilsbegründung wichtig für die Beurteilung eines hier gestellten Wiederzuzugsantrages ist.

to attract;



Kreisarchiv Stormarn B2

Der Kreisarchiv Stormarn

U. zurückgesandt.

Ein Vorgang gegen Erich Appelt, geb. am 12.6.1919, ist in der Namenskartei nicht verzeichnet. Über den Verbleib der in dieser Sache entstandenen Akten eines Feldgerichts der Luftwaffe in Erfurt ist auch nichts bekannt. Es muß mit ihrem Verlust gerechnet werden.

Hamburg, den 31.3.1950

Der Generalstaatsanwalt bei der
Hanseatischen Oberlandesgericht,
-Sammelstelle für Akten ehemaliger
Heeres- und Luftwaffengerichte-

A. A. :

Justizverwaltungsrat

J. Stathe, DR 226, Bad Oldesloe

- Appelt - D./K.

Bad Oldesloe, den 13. Juli 1950 13

Vorlage: am 6.11.49 beantragt der zu Bad Oldesloe, Wolkenweherweg 46 wohnhafte Erich Appelt, geb. 12.6.19 in Fritzlar Zahlung einer Haftentschädigung für seinen Haftaufenthalt vom 11.9.44

1 Zersetzung der Wehr-
alle Unterlage reicht der
surteils ein, wonach der
Zuchthaus verurteilt
rde auf Verlust der



Kreisausschuß
des Kreises Stormarn
Sonderhilfsausschuß - 4.1/9 -
Appelt - D./K.

An das
Männergefangnis

in Lübeck - Leuerhof

Der zu Bad Oldesloe, Wolkenweherweg 46 wohnhafte Erich Appelt, geb. 12.6.19 ist am 26.11.44 durch Urteil des Feldgerichts Erfurt wegen Zersetzung der Wehrkraft und Untergrabung der Manneszucht zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er will im Mai 1945 aus dem dortigen Gefängnis entlassen worden sein. Ich bitte um Mitteilung, welche Unterlagen dort noch bezüglich des Appelt vorhanden sind, insbesondere wäre ich für die Erstellung einer Abschrift des Urteils mit Gründen sehr dankbar.

Im Auftrag:
[Signature]

Bad Oldesloe, den 4. Juli 1950
Famfr. SammelNr. 151
Baukonf. Nr. 1025 bei der Kreiskasse
Postfach-Konto: Hamburg 13

Erich Appelt
Lübeck-Leuerhof
Emp. 6. JULI 1950

bestätigte, dass der
r die WSDAP und deren
t ständig gewarnt, der-
jedoch nicht geschah.
gestellt worden sein,
elt wurde und hier
r Verhaftung führten.
ich zunächst noch nicht,
s polit. Straftat anzu-
alls ohne weiteres als
r Antragsteller hat wei-
ene Haftzeit nicht er-
brung einer Haftent-

schädigung sind daher vorläufig noch nicht gegeben.

[Signature]



Kreisarchiv Stormarn B2

Männerstrafgefängnis
Lübeck - Lauerhof



Lübeck, den 7. Juli 1950.

U. zurück an den

Kreisausschuß
des Kreises Stormarn,

Bad - Oldesloe.

Appelt wurde hier als Wehrmachtsgefangener am 24.4.45
eingeliefert und infolge der Umwälzung am 4.5.45 wieder entlassen.
Da A. s. Zt. ohne Einlieferungs- bzw. Vollstreckungsunterlagen hier ein-
geliefert wurde, können nähere Angaben von hieraus nicht erfolgen.
i. A.

Appelt
V.-Angest.

- Appelt - D./K.

Bad Oldesloe, den 13. Juli 1950 13

Vorlage: Am 6.11.49 beantragt der zu Bad Oldesloe, Wolkenweherweg 46
wohnhafte Erich Appelt, geb. 12.6.19 in Fritzlar Zahlung
einer Haftentschädigung für seinen Haftaufenthalt vom 11.9.44
bis 4.5.45. Die Verhaftung erfolgte wegen Zersetzung der Wehr-
kraft und Untergrabung der Manneszucht. Als Unterlage reicht der
Antragsteller eine Abschrift Feldgerichtsurteils ein, wonach der
Antragsteller am 23.11.44 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt
worden ist. Neben der Zuchthausstrafe wurde auf Verlust der
Wehrunwürdigkeit erkannt.
Ausweislich des Strafregisterauszuges hat der Gerichtsherr die
Zuchthausstrafe durch Verfügung vom 30.12.44 bedingt in eine Ge-
fängnisstrafe von gleicher Dauer unter Wiederverleihung der
Wehrwürdigkeit für die Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht,
unter Aufrechterhaltung des mit dem Verlust der Wehrwürdigkeit
verbundenen Rangverlustes umgewandelt und die Vollstreckung
in einer Feldstrafgefangenenabteilung angeordnet.
In seiner Darstellung vom 12.2.50 gibt der Antragsteller an,
dass er durch seine Erziehung in einem nicht nationalsozialisti-
schen Elternhaus - sein Vater war Sozialdemokrat - sei er schon
immer gegen die Propaganda des 3. Reiches unempfänglich gewesen.
Er will seiner Meinung auch im Kreise von Kameraden ziemlich
freien offenen Lauf gelassen haben. Er will schon lange vor
seiner Verhaftung als "rot" verschrien worden sein. Er will
verschiedentlich Äußerungen über Verluste usw. gemacht haben
und die Meldung der Wehrmachtsbericht als unrichtig bezeichnet
haben. Der von ihm als Zeuge benannte Karl Lindenstreich wurde
am 14.3.50 vernommen. Der Zeuge sagt aus, dass der Antragstel-
ler etwa im Oktober oder September 1944 anlässlich einer Wache
auf dem Flugplatz ihm gegenüber geäußerte, dass er, wenn er
merke, dass das fliegende Personal mit den Maschinen los starten
würde und ihm keine Gelegenheit geboten werde, von Finnland aus
fortzukommen, schneide er die Luftreifen der Flugzeuge entzwei,
damit sie nicht starten könnten. Bei diesen Äußerungen waren
verschiedene Kameraden zugegen, die die von Appelt gemachten
Äußerungen dem Staffelpkapitän und einem unbekannten Staffelan-
gehörigen gemeldet wurden. Wegen dieser Äußerungen wurde als-
dann eine Kriegsgerichtshandlung eingeleitet.
Der Zeuge Grewsmühlen konnte aus eigener Kenntnis Angaben nicht
machen.
Auch der vernommene Zeuge Herbert Hesse bestätigte, dass der
Antragsteller wiederholt Äußerungen über die WSDAP und deren
Gliederungen machte. Er wurde seiner Zeit ständig gewarnt, der-
artige Äußerungen zu unterlassen, was jedoch nicht geschah.
Später soll dem Antragsteller eine Falle gestellt worden sein,
in dem er in ein polit. Gespräch verwickelt wurde und hier
Äußerungen machte, die alsdann zu seiner Verhaftung führten.
Aus den vorliegenden Unterlagen ergibt sich zunächst noch nicht,
dass die Untergrabung der Manneszucht als polit. Straftat anzu-
sehen ist. Wehrkraftzersetzung ist ebenfalls ohne weiteres als
eine polit. Straftat nicht anzusehen. Der Antragsteller hat wei-
ter bisher den Nachweis für seine erlittene Haftzeit nicht er-
bracht. Die Voraussetzungen für die Gewährung einer Haftent-
schädigung sind daher vorläufig noch nicht gegeben.

Appelt

Kreisarchiv Stormarn B2

Protokoll

der 71. Sitzung des Kreissonderhilfe-
ausschusses Stormarn am 18. Juli 1950.

Es waren anwesend:

1. Herr Siege,
2. Herr Prof. Dr. Benner,
3. Herr Pietsch,
4. Herr Dabelstein,

Vorsitzender
Beisitzer
stellv. Beisitzer
Geschäftsführer.

Vorlage: Haftentschädigungsantrag des Erich A p p e l t in Bad Oldesloe.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, den Antrag auf Zahlung einer Haftentschädigung abzulehnen, da die Voraussetzungen des § 1 des Haftentschädigungsgesetzes als gegeben nicht angesehen werden können. Es kann nicht als erwiesen angesehen werden, dass die Verurteilung wegen Untergrabung der Manneszucht und Zersetzung der Wehrkraft aus polit. Gründen erfolgte. Dass der Antragsteller kein grundsätzlicher Gegner der NSDAP. gewesen sein kann, muss bereits dadurch als erwiesen angesehen werden, dass er bereits im Jahre 1944 Feldwebel der Luftwaffe war.

Siege *Dr. Benner* *Pietsch*

Landesregierung Schleswig-Holstein

Der Landesminister des Innern

Ref. I/II - 16 f - Ba./Sch.
Pol. Wt. Gb.

Kiel, den 29. August

1953

14
rft.



STADT BAD OLDESLOE
Der Bürgermeister
-Etrwohnermeldestelle-

(24) BAD OLDESLOE, den 11.2.52

Beschneidung
Es wird hiermit bescheinigt, dass Erich A p p e l t, geb. am 12.6.19 in Fritziar, wohnhaft hier, Wolkenwener Weg 46, seit dem 7.5.45 ununterbrochen in Bad Oldesloe gemeldet ist.

I. A.
Stadtspektor

1
s vom 4. 7. 49.

7 Monaten, erhalten
eine Haftentschädigung von

enden Jahresraten:

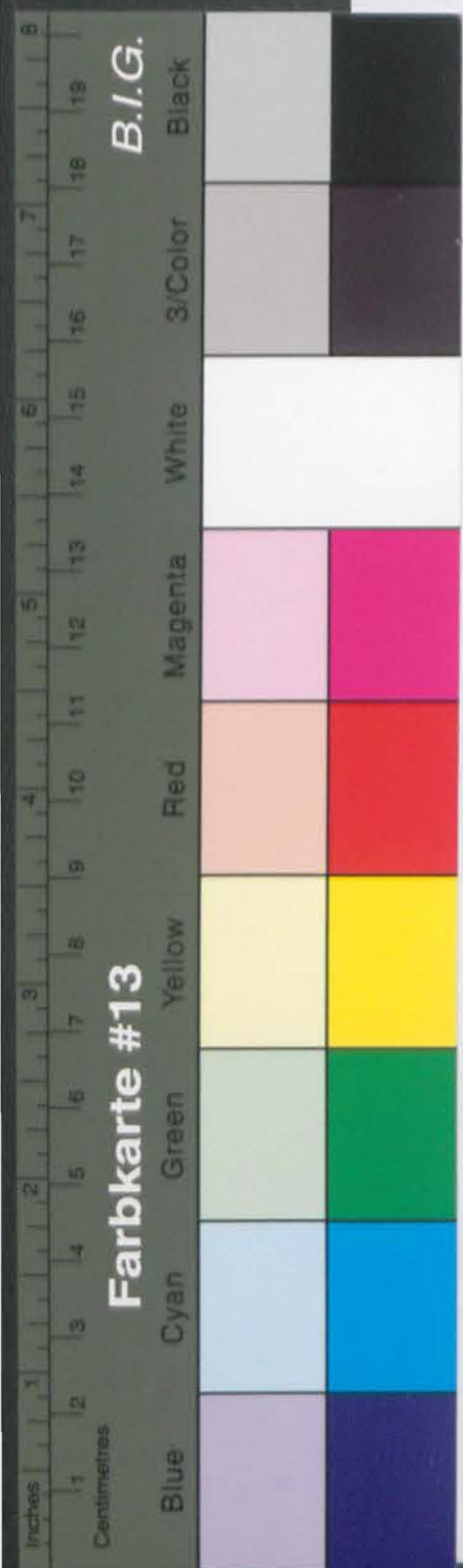
leswig-Holstein im Bedarfs-

bescheid, im Bezug auf die
KEXXN.
es Sonderhilfsaus-

schusses des Landes.

XMMXAMMXX

bitte wenden!



Kreisarchiv Stormarn B2

Protokoll

der 71. Sitzung des Kreissonderhilfe-
ausschusses Stormarn am 18. Juli 1950.

Es waren anwesend:

1. H.
2. H.
3. H.
4. H.

Vorlage: Haftent

Beschluss: Der K
Antra
die V
als g
Es ka
teilu
der W
stell
kann,
er be

Piege

Landesregierung Schleswig-Holstein

Der Landesminister des Innern

Kiel, den 29. August

1953

16 P - Ba./Sch.
Ref. I/II - Pol. Wl. Gm.

Abschrift.

Herrn/

Erich Appelt

in Bad Oldesloe

Wolkenweher Weg 46

Feststellungsbescheid

gem. § 3, Abs. 2 des Haftentschädigungsgesetzes vom 4. 7. 49.

Auf Grund der von Ihnen nachgewiesenen Haftzeit von insgesamt 7 Monaten, erhalten Sie von dem Lande Schleswig-Holstein gem. § 3, Abs. 1 a. a. O. eine Haftentschädigung von

1.050,-- DM

in Worten: Tausendundfünzig Deutsche Mark

Die Auszahlung dieses Betrages an Sie erfolgt voraussichtlich in folgenden Jahresraten:

1949/50	DM
1950/51	DM
1951/52	DM
1952/53	1.050,-- DM

Die Auszahlung erfolgt im Verlauf des Haushaltsjahres.

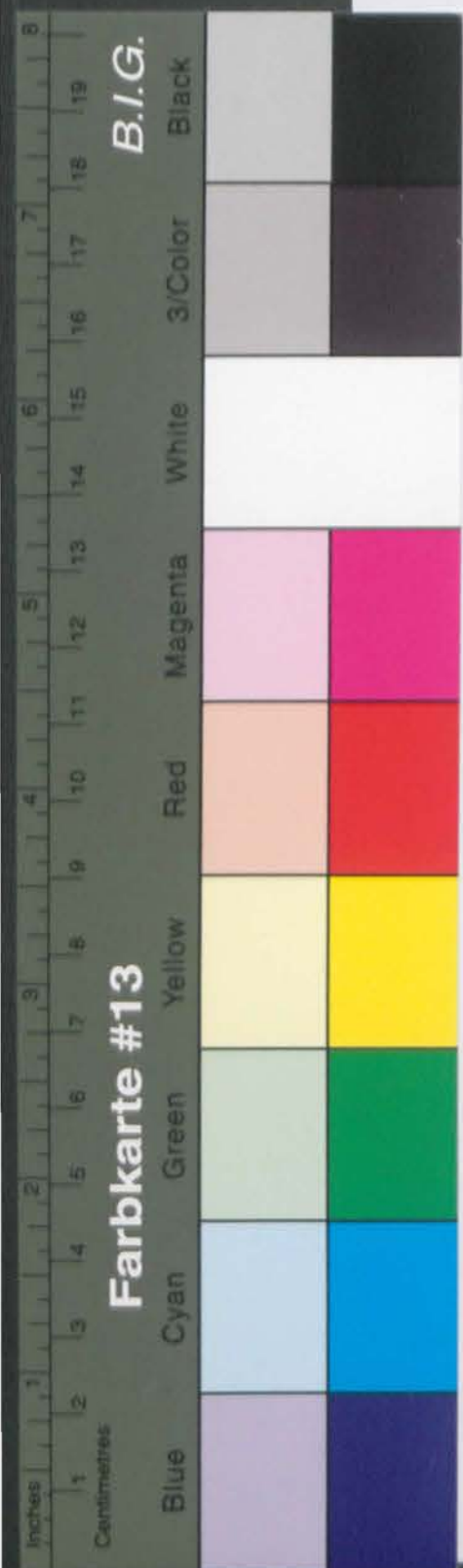
Die genannten Zahlungstermine können von der Landesregierung Schleswig-Holstein im Bedarfs-
falle geändert werden.

~~Nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes kann Ihnen gegen diesen Feststellungsbescheid in Bezug auf die
ermittelte Haftzeit das Recht der Beschwerde bei dem Staatlichen Landesk~~

Dieser Bescheid beruht auf der Entscheidung des Sonderhilfeaus-
schusses des Landes.

~~XXXXXXXXXX~~

bitte wenden!



Kreisarchiv Stormarn B2

Gegen diesen Beschluss ist das Rechtsmittel der Klage beim Landesverwaltungsgericht in Schleswig, Regierungsgebäude, gegeben. Die Klage ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Beschlusses bei dem obengenannten Gericht einzureichen.



Im Auftrage:
gez.: Wolters

An den
Herrn Landrat
- Kreissonderhilfsausschuss -
Bad Oldesloe

Abschrift zur gefl. Kenntnisnahme.
Der Sonderhilfsausschuss des Landes hat in seiner Sitzung vom 3. Juli 1953 entschieden:
Der Beschwerde wird stattgegeben.
Dem Antragsteller ist eine Haftentschädigung für 7 Monate zu gewähren.

Im Auftrage:
[Signature]

Haftentschädigung

7 Mon. ¹⁶

Sonderhilfsausschuß Kreis Stormarn

*1.	Name	Appelt	Vorname	Erich
2.	Geburtsort		geb. am	
3.	Wohnort		Straße	
4.	Früherer Wohnort			
5.	jetzige Tätigkeit (Beruf)			
6.	Einkommen		Gehalt bzw. Lohn	DM
			OdN-Rente	DM
			sonst. Einkommen	DM
7.			Summe	DM
8.	Gesamthafzeit	Monate		
		davon	Monate Zuchthaus	
			Konzentrationslager	
			Gefängnis	
			U.Haft	
			Ghetto	
			Militärhaft	
			B.B.	
			Parteihaft	
9.	Von Kr.SHA. anerkannt am		unter Nr.	
10.	2. Anerkennung auf Grund des Gesetzes Nr. 38 vom 4. 3. 48 am			
11.	**) Auf Grund des Haftentschädigungsgesetzes werden für eine Entschädigung anerkannt	Monate.		
12.	Der SHA. schlägt vor zu zahlen im Jahre 1949		DM	
		1950	DM	
		1951	DM	
		1952	DM	
13.	Bemerkungen:			

*) Nr. 1-13 vom SHA. zu beantworten.

**) Nur volle Haftmonate sind anzugeben.



Kreisarchiv Stormarn B2

Auf Grund der festgestellten Haftmonate sind zu zahlen	1.050,-- DM	14.
Auf die Haftentschädigung sind anzurechnen:		
Darlehen vom	DM	15.
	DM	
	DM	
Bleiben zu zahlen	1.050,-- DM	16.
Im Jahre 1949 sind zu zahlen	DM	17.
" " 1950 " " "	DM	
" " 1951 " " "	DM	
" " 1952 " " "	DM	
Der Haftentschädigungsanspruch wurde anerkannt vom Ministerium des Innern		
am		18.
Feststellungsbescheid wurde dem Antragsteller erteilt am		19.
Es wurden gezahlt am	DM	
" " " " "	DM	
" " " " "	DM	
" " " " "	DM	
" " " " "	DM	
" " " " "	DM	

- Appelt - D./K.

Bad Oldesloe, den 13. Juli 1950

Vorlage: Am 6.11.49 beantragt der zu Bad Oldesloe, Wolkenweherweg 46 wohnhafte Erick A p p e l t, geb. 12.6.19 in Fritzlar Zahlung einer Haftentschädigung für seinen Haftaufenthalt vom 11.9.44 bis 4.5.45. Die Verhaftung erfolgte wegen Zersetzung der Wehrkraft und Untergrabung der Manneszucht. Als Unterlage reicht der Antragsteller eine Abschrift Feldgerichtsurteils ein, wonach der Antragsteller am 23.11.44 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, neben der Zuchthausstrafe wurde auf Verlust der Wehrwürdigkeit erkannt. Ausweislich des Strafregisterauszuges hat der Gerichtsherr die Zuchthausstrafe durch Verfügung vom 30.12.44 bedingt in eine Gefängnisstrafe von gleicher Dauer unter Wiederverleihung der Wehrwürdigkeit für die Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht, unter Aufrechterhaltung des mit dem Verlust der Wehrwürdigkeit verbundenen Rangverlustes umgewandelt und die Vollstreckung in einer Feldstrafgefängnisabteilung angeordnet. In seiner Darstellung vom 12.2.50 gibt der Antragsteller an, dass er durch seine Erziehung in einem nicht nationalsozialistischen Elternhaus - sein Vater war Sozialdemokrat - sei er schon immer gegen die Propaganda des 3. Reiches unempfänglich gewesen. Er will seiner Meinung auch im Kreise von Kameraden ziemlich freien offenen Lauf gelassen haben. Er will schon lange vor seiner Verhaftung als "rot" verschrien worden sein. Er will verschiedentlich Äußerungen über Verluste usw. gemacht haben und die Meldung der wehrmachtsbericht als unrichtig bezeichnet haben. Der von ihm als Zeuge benannte Karl Lindenstreich wurde am 14.3.50 vernommen. Der Zeuge sagt aus, dass der Antragsteller etwa im Oktober oder September 1944 anlässlich einer Wache auf dem Flugplatz ihm gegenüber ausgeserte, dass er, wenn er merke, dass das fliegende Personal mit den Maschinen los starte würde und ihm keine Gelegenheit geboten werde, von Finnland aus fortzukommen, schneide er die Luftreifen der Flugzeuge entzwei, damit sie nicht starten könnten. Bei diesen Äußerungen waren verschiedene Kameraden zugegen, die die von Appelt gemachten Äußerungen dem Staffelführer und einem unbekannten Staffelführer gemeldet wurden. Wegen dieser Äußerungen wurde alsdann eine Kriegsgerichtshandlung eingeleitet. Der Zeuge Grewsmühlen konnte aus eigener Kenntnis Angaben nicht machen. Auch der vernommene Zeuge Herbert Heese bestätigte, dass der Antragsteller wiederholt Äußerungen über die WSDAP und deren Gliederungen machte. Er wurde seiner Zeit ständig gewarnt, derartige Äußerungen zu unterlassen, was jedoch nicht geschah. Später soll dem Antragsteller eine Falle gestellt worden sein, in der er in ein polit. Gespräch verwickelt wurde und hier Äußerungen machte, die alsdann zu seiner Verhaftung führten. Aus den vorliegenden Unterlagen ergibt sich zunächst noch nicht dass die Untergrabung der Manneszucht als polit. Straftat anzusehen ist. Wehrkraftersetzung ist ebenfalls ohne weiteres als eine polit. Straftat nicht anzusehen. Der Antragsteller hat weiter bisher den Nachweis für seine erlittene Haftzeit nicht erbracht. Die Voraussetzungen für die Gewährung einer Haftentschädigung sind daher vorläufig noch nicht gegeben.

Appelt



Protokoll

der 71. Sitzung des Kreissonderhilfe-
ausschusses Stormarn am 18. Juli 1950.

Es waren anwesend:

- 1. Herr Siege,
- 2. Herr Prof. Dr. Benner,
- 3. Herr Pietzsch,
- 4. Herr Dabelstein,

- Vorsitzender
Beisitzer
stellv. Beisitzer
Geschäftsführer.

Vorlage: Haftentschädigungsentrag des Erich A p p e l t in Bad Oldesloe.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschließt einstimmig, den Antrag auf Zahlung einer Haftentschädigung abzulehnen, da die Voraussetzungen des § 1 des Haftentschädigungsgesetzes als gegeben nicht angesehen werden können. Es kann nicht als erwiesen angesehen werden, dass die Verurteilung wegen Untergrabung der Manneszucht und Zersetzung der Wehrkraft aus polit. Gründen erfolgte. Dass der Antragsteller kein grundsätzlichlicher Gegner der WSDA. gewesen sein kann, muss bereits dadurch als erwiesen angesehen werden, dass er bereits im Jahre 1944 Feldwebel der Luftwaffe war.

-- gn. Siegf. -- gn. Dr. Benner -- gn. Pietzsch --



Handwritten signature: Dabelstein

18

14. November 1949

4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -
- Apelt- D./X.

Herrn
Erich A p p e l t
in Bad Oldesloe
Wolkenweherweg 46

In Ihrer Haftentschädigungssache wird der Empfang Ihres Antrages vom 6. d. M. bestätigt. Bevor diesem Antrage nähergetreten werden kann, erscheint eine Rücksprache mit Ihnen erforderlich. Soweit Sie in der Lage sind, werden Sie gebeten, am Freitag dieser Woche, hier zur Rücksprache vorzukommen.

Im Auftrage:

Handwritten signature: Dabelstein

Kreisarchiv Stormarn B2



10. Februar 1950

4-1/9-Kreisenderhilfesausschuss -
- Appelt - D./K.

Herrn
1. Erich Appelt
in Bad Oldesloe
Wolkenweheweg 46

In Ihrer Haftentschädigungssache werden Sie unter Bezugnahme auf Ihren Antrag vom 6.11.49 noch um eingehende Darstellung der Gründe gebeten, die zu Ihrer Verhaftung führten. Allein die Angabe, Zersetzung der Wehrkraft kann als eine durch das Haftentschädigungsgesetz zu entschädigende Haftzeit noch nicht anerkannt werden. Ihre Verurteilung in der wegen Untergrabung der Manneszucht. Um eingehende Stellungnahme wird gebeten.

In Auftrage:

2. Strafregisterauszug einziehen.
3. wv.

In Auftrage:

Die zur Haftentschädigungssache vorliegenden Unterlagen sind in der Weise zu ordnen, wie dies in der Anlage angegeben ist. Die Unterlagen sind in der Weise zu ordnen, wie dies in der Anlage angegeben ist. Die Unterlagen sind in der Weise zu ordnen, wie dies in der Anlage angegeben ist.

Wolkenweheweg 46
in Bad Oldesloe
Erich Appelt
Herrn

- Appelt - D./K.
4-1/9-Kreisenderhilfesausschuss -

10. Februar 1950

Kreisarchiv Stormarn B2

DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Ⓢ KIEL, den 11. Juli 1952
Landachau Düsternbrooker Weg 70-90

dienstags, donnerstags
von 09⁰⁰–13⁰⁰ Uhr

4-1/3-Kreisonderhülfsrechnung -
- Appelt - D./K.

Herrn
Erich Appelt
in Bad Olsberg
Wolkenwahnweg 46

In Ihrer Haftentschädigungssache wird der Empfang Ihres Schreibens vom 12. d. Mts. bestätigt.
Sie werden um Mitteilung der genaue Anschriften der genannten Zeugen gebeten, damit diese durch den Kreissonderhilfsausschuss gehört werden können.

In Auftrag:

21. Februar 1950

tentschd-

ses für das
en Anspruch
am 30.1.1933
egung,
tanschauung
t worden ist.

icht des
 nicht zu
 nderlagen,
 len, haben
 dass Sie als
 s " Roter "
 e Behauptung
 ebel gebracht
 s ein als
 rt wurde.
 trahme
 en können
 ummenfassend
 wiesen
 uigung zu
 ieshalb

§ 2,
und
(61)
erechnet,
swig-

b. 20.

„nadelartige auseinandergerissene“ „VW“

103-1724-11

[illegible]

- Vobersf - D^oX^o -
4-1\3-Kreisomderpflizsencines -

10. Бернштейн 1870

renszug
and.
ten 1st?

art in
wegen
worden.
•
blij
3 Lichtis
ge lot.

Hilf. Kiste Hübner Heide, Hbg.-Lager II, Waldmannsg.
76
Schleierfl. Fink Scholz, Aurdorf, Bohnhofweg 25
Soldat Nail Lindenberg, Singberg / Rheinl., Nymphenburg
Grewenühl, Jun., Lebach
Grevenhoff & Söhne
Schreibende

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2



22

- Appelt - D./K.

Bad Oldesloe, den 7. März 1950

Vermerk

erschien hier der Antragsteller Appelt und erklärte, dass er am 1.10.37 zum RAD. einberufen worden sei und am 1.5.38 zur Wehrmacht (Luftwaffe). Für die Richtigkeit seiner Angaben, dass er aus polit. Gründen verhaftet und inhaftiert worden sei, benannt er folgende Zeugen:
 Herbert Hesse, Hamburg - Langenhorn II, Wördenmoorweg 97
 Fritz Scholz, Quedlinburg, Bornholzweg 15
 Karl Lindensteig, Siegburg-Rheinland, Nymphenweg
 Grewsmühlen jun. Lübeck, Gewerkschaftshaus.
 Hesse ist nach seinen Angaben sein Dienststellenleiter gewesen, während Scholz sein Stubenkamerad war. Lindensteig war Soldat und gehörte zur gleichen Einheit. Grewsmühlen war auf der Schreibstube der Einheit, welcher der Antragsteller angehörte.

1.10

1.10

Der Antragsteller Appelt erklärte, dass er am 1.10.37 zum RAD. einberufen worden sei und am 1.5.38 zur Wehrmacht (Luftwaffe). Für die Richtigkeit seiner Angaben, dass er aus polit. Gründen verhaftet und inhaftiert worden sei, benannt er folgende Zeugen:

Herbert Hesse, Hamburg - Langenhorn II, Wördenmoorweg 97
 Fritz Scholz, Quedlinburg, Bornholzweg 15
 Karl Lindensteig, Siegburg-Rheinland, Nymphenweg
 Grewsmühlen jun. Lübeck, Gewerkschaftshaus.

Hesse ist nach seinen Angaben sein Dienststellenleiter gewesen, während Scholz sein Stubenkamerad war. Lindensteig war Soldat und gehörte zur gleichen Einheit. Grewsmühlen war auf der Schreibstube der Einheit, welcher der Antragsteller angehörte.

1.10



Beq Orgaejos, den 5. marts 1920

der Wirtschaftlicher angehörte.
Bleichen Einheits. Gleichmäßig war auf der Grundlage der Einheits, welcher
Scholz sein Stützpunkt war. Lingenbach war Goldes und Kupfers zu
Hesse ist nach seinen Angaben sein Dienststellenleiter gewesen, während
Karl Lingenbach ein. Lingenbach, Gewerkschaftsführer.
Kritik Scholz, Gleichung, Sozialismus 12. Wachsenweg
Harbert Hesse, Gleichung - Lingenbach II, Wachsenweg 34
Lingenbach worden sei, denn er ist folgende Lingen:
die Möglichkeit seiner Angaben, dass er eine Brief. Lingen verfasst und
zum Rad. eingegeben worden sei und am 1.9.33 zur Verhaftung (Lingenbach) und
erhalten hier der Wirtschaftlicher Abteil und erklärte, dass er am 1.10.33

Der zu Bad Dribsdorf wohnhafte Erich A. P. o. l. t hat bei dem Freiweh-
rheitsbesuche Stornen Antrag auf Haftentbindungsgesellschaft und behauptet, aus polit. Gründen vorzeitig werden zu sein. Inwieweit das Straf-
kriterium ausreicht ist April am 23. 12. 14 wegen Unterbrechung der Mauerarbeit
zu drei Jahren Zwangsarbeit und Verlust der Wahlrechtigkeit verurteilt worden.
Es behauptet, dass diese Verurteilung aus polit. Gründen erfolgte. Er be-
neht als Zeugnis für die Richtigkeit seiner Angaben den in
wohnhaften
genossen sein.
Es wird um eine eingehende Vernehmung des Zeugen gebeten. Der Zeuge ist
inzwischen auf § 8 des Haftentbindungsgesetzes für das Land Schles-
wig-Holstein; abgeurteilt im Gesetz und Verordnungsblatt für das Land
Schleswig-Holstein. § 8 sagt, wer als Antragsteller oder zugunsten oder
ungunsten des Antragstellers gegenüber dem Niedertrachtungsgezeugen wie-
senlich oder grobverleumdung falsche oder irreführende Angaben macht,
wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und Geldstrafe bis 10.000 Deutsche

1. Hamburg Langenhorn betr. H. Hesse
2. Quedlinburg betr. F. Scholz
3. Siesburg/Rheinland betr. K. Lindensteig
4. Inbeck betr. Grewenmühlen jun.

6-1/3-Kreisraum Berlin/Pennsylvanie -
- Appelt - D. K.

1. Hamburg Langenhorn betr. H. 1
2. Quedlinburg betr. F. Scholz

3. Stegburg/Raenland betr. K. L.
4. Abbeck betr. Grewmühlen jun.

7. May 1950

Kreisarchiv Stormarn B2



24

29. März 1950

4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -
- Appelt - D./K.

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
in H a m b u r g

Der zu Fritzlar am 12.6.19 geborene Erich A p p e l t, jetzt wohnhaft in
Bad Oldesloe ist durch Urteil des Feldgerichte Erfurt am 23.11.44 wegen
Untergrabung der Manneszucht zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden.
Die Verurteilung erfolgte unter dem Aktz.: KSt. - L 99/44.
Es wird um Mitteilung gebeten, ob dort noch die Abschrift des Urteils
nebst Gründen vorhanden ist, da insbesondere die Urteilsbegründung wichtig
für die Beurteilung eines hier gestellten Wiedergutmachungsentrages ist.

Im Auftrage:

5

Der zu Fritzlar am 12.6.19 geborene Erich A p p e l t, jetzt wohnhaft in
Bad Oldesloe ist durch Urteil des Feldgerichte Erfurt am 23.11.44 wegen
Untergrabung der Manneszucht zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden.
Die Verurteilung erfolgte unter dem Aktz.: KSt. - L 99/44.
Es wird um Mitteilung gebeten, ob dort noch die Abschrift des Urteils
nebst Gründen vorhanden ist, da insbesondere die Urteilsbegründung wichtig
für die Beurteilung eines hier gestellten Wiedergutmachungsentrages ist.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2



25

4. Juli 1950

- Appelt - D./K.

An das
Männergefängnis
in L ü b e c k - Lauerhof

Der zu Bad Oldesloe, Wolkenweherweg 46 wohnhafte Erich A p p e l t, geb. 12.6.19 ist am 23.11.44 durch Urteil des Feldgerichtes Erfurt wegen Zersetzung der Wehrkraft und Untergrabung der Manneszucht zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er will im Mai 1945 aus dem dortigen Gefängnis entlassen worden sein.
Ich bitte um Mitteilung, welche Unterlagen dort noch bezüglich des Appelt vorhanden sind, insbesondere wäre ich für die Erteilung einer Abschrift des Urteils mit Gründen sehr dankbar.

Im Auftrage:

L. H. H.

Im Auftrage:

Der zu Bad Oldesloe, Wolkenweherweg 46 wohnhafte Erich A p p e l t, geb. 12.6.19 ist am 23.11.44 durch Urteil des Feldgerichtes Erfurt wegen Zersetzung der Wehrkraft und Untergrabung der Manneszucht zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er will im Mai 1945 aus dem dortigen Gefängnis entlassen worden sein.
Ich bitte um Mitteilung, welche Unterlagen dort noch bezüglich des Appelt vorhanden sind, insbesondere wäre ich für die Erteilung einer Abschrift des Urteils mit Gründen sehr dankbar.

Im Auftrage:

L. H. H.

4. Juli 1950

Kreisarchiv Stormarn B2



26

21. Juli 1950

- Appelt - D./K.

1/ An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 & Pol. Wi. Gu.
in K i e l

Betrifft: Haftentschädigungsantrag Erich A p p e l t in Bad Oldesloe.

/ In der Anlage überreiche ich den Haftentschädigungsantrag des Erich Appelt und bitte um Entscheidung über den Antrag.
Ich nehme wegen der Ablehnung der Befürwortung auf die Ausführungen im Protokoll vom 18. d. Mts. Bezug.

2/4.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

des Direktors mit folgenden Text. Der Herr Appelt hat sich bei der Landesregierung in Schleswig-Holstein, Minister des Innern, Ref. I/8 & Pol. Wi. Gu. in Kiel, einen Haftentschädigungsantrag gestellt. Ich bitte Sie, diesen Antrag zu prüfen und mir das Ergebnis mitzuteilen. Ich danke Sie für Ihre Bemühungen.

In der Anlage - Generalrat

Landesregierung - Stormarn

- Appelt - D./K.

2

21. Juli 1950

Kreisarchiv Stormarn B2



DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

KIEL, den 11. Juli 1952
Landeshaus, Dörsenbrocker Weg 10-18
Telefon 41891
Besuchzeiten: dienstags, donnerstags
und freitags von 09⁰⁰-13⁰⁰ Uhr

Geschäftszeichen: Ref. I 16 - f - Ba. /Cb.
(im Antwortschreiben anzugeben)

29

Verwaltung
des Kreises Stormarn
— Der Kreisdirektor —

Abt.: 4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -
G.Z.: - Appelt - D./K.

28

Verwaltung
des Kreises Stormarn
— Der Kreisdirektor —

Abt.: 4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -
G.Z.: - Appelt - D./K.

An die
Polizeibehörde
in Hamburg - Langenhorn II

Der zu Bad Oldesloe wohnhafte Erich Appelt hat bei dem Kreissonderhilfeausschuss Stormarn Antrag auf Haftentschädigung gestellt und behauptet, aus polit. Gründen verfolgt worden zu sein. Ausweislich des strafrecht. Auszuges ist Appelt am 23.12.44 wegen Untergrabung der Manneszucht zu drei Jahren Zuchthaus und Verlust der Wehrwürdigkeit verurteilt worden. A. behauptet, dass diese Verurteilung aus polit. Gründen erfolgte. Er benennt als Zeugen für die Richtigkeit seiner Angaben den im Wördenmoorweg wohnhaften Herbert Hesse. Hesse - soll sein Dienststellenleiter gewesen sein.

Es wird um eine eingehende Vernehmung des Zeugen gebeten. Der Zeuge ist insbesondere auf § 8 des Haftentschädigungsgesetzes für das Land Schleswig - Holstein, abgedruckt im Gesetz und Verordnungsblatt für das Land Schleswig - Holstein. § 8 sagt, wer als Antragsteller oder zugunsten oder ungunsten des Antragstellers gegenüber den Wiedergutmachungsorganen wesentlich oder grobfahrlässig falsche oder irreführende Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und Geldstrafe bis 10.000 Deutsche

Leni-Druckerei Bad Oldesloe - DR 285 - 1121 10.000 1.50 A

7. März 1950

Bad Oldesloe, den 7. März 1950
Fernruf: Sammel-Nr. 151
Bankkonto: Nr. 1025 bei der Kreissparkasse
Postfach-Konto: Hamburg 13

46. 162/50
M. H.
21. 17
H.

Z.K. XIII 311/50

1950 1952

Protokoll

der 7. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses

Es waren anwesend:

Vorlage: Herr

Beschlüsse:

Bd. 1.2.52
1) Meldebes. und Evtl. über
Wiedergutmachung/Konting.

Kreisarchiv Stormarn B2



Protokoll

der Verwaltung des Kreisarchivs Stormarn

Es waren anwesend:

Vorlage: [unreadable]

Beschluss: [unreadable]

Im Auftrag: [unreadable]

Mark oder mit einer der beiden Straßen bestrast.

DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Geschäftszeichen: *Ref. I 16 - f - Ba. /Cb.*
(die Antwortschreiben anzufügen)

KIEL, den 11. Juli 1952

Landes-Disambiguierung Weg 70-90
Telefon 40891
Besprechungszeiten:
nur montags, dienstags, donnerstags
und freitags von 10⁰⁰-13⁰⁰ Uhr

30

Verwaltung
des Kreises Stormarn

— Der Kreisdirektor —

4-1/9-Kreisanderhilfesausschuss -

Abt.: - Appelt - D./K. -

G.Z.: -

7. März 1950

Bad Oldesloe, den

Fernruf-Sammel-Nr. 151
Bankkonto: Nr. 1025 bei der Kreissparkasse
Postfach-Konto: Hamburg 13

10. MRZ. 1950
1483/50

29

Verwaltung
des Kreises Stormarn

— Der Kreisdirektor —

4-1/9-Kreisanderhilfesausschuss -

Abt.: - Appelt - D./K. -

G.Z.: -

7. März 1950

Bad Oldesloe, den

Fernruf-Sammel-Nr. 151
Bankkonto: Nr. 1025 bei der Kreissparkasse
Postfach-Konto: Hamburg 13

10. MRZ. 1950
1483/50

An die
Polizeibehörde
in Lübeck

Der zu Bad Oldesloe wohnhafte Erich Appelt hat bei dem Kreisanderhilfesausschuss Stormarn Antrag auf Haftentziehung gestellt und behauptet oder behauptet, aus polit. Gründen verfolgt worden zu sein. Anlässlich des Strafverfahrens ist Appelt am 23.12.44 wegen Untergrabung der Manneszucht, zu drei Jahren Zuchthaus und Verlust der Ehrwürdigkeit verurteilt worden. A. behauptet, dass diese Verurteilung aus polit. Gründen erfolgte. Er benennt als Zeugen für die Richtigkeit seiner Angaben den im Gewerkschaftswohnhaften Grewsmühle, jun.

Es wird um eine eingehende Vernehmung des Zeugen gebeten. Der Zeuge ist insbesondere auf § 8 des Haftentziehungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein, abgedruckt im Gesetz und Verordnungsblatt für das Land Schleswig-Holstein. § 8 sagt, wer als Antragsteller oder zugunsten oder ungunsten des Antragstellers gegenüber dem Wiedergutmachungsorganen wesentlich oder grobfahrlässig falsche oder irreführende Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und Geldstrafe bis 10.000 Deutsche

Landboten-Druckerei Bad Oldesloe — DR 288 — 1121 10 000 1.50 A

Kreisarchiv Stormarn B2



Protokoll

Mark oder mit einer der beiden Strafen bestraft.

Im Auftrage: *[Signature]*

Wie festgestellt wurde, handelt es sich nicht um Karl Lindenstein, sondern um Karl Lindenstein, 17 wohnhaft. Lindenstein wurde auf den 14.3.50, 14 Uhr, zur Vernehmung nach hier bestellt.

Krim.-Pol.-Mstr. *[Signature]*

Es waren:

Vorlage: H

Beschluss:

DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN



KIEL, den 11. Juli 1952
Landeshaus, Bütenbrook Weg 70-90
Telefon 40891

Kreis Stormarn
Der Kreisausschuß
- Kreissonderhilfsausschuß -
4 - 1/9

Bad Oldesloe, den 1. Februar 1952

Herrn / Frau / Frl.
Erich Appelt

in Bad Oldesloe
Wolkenweherweg 46

In
Ihr
Im
die
wol
über
Der
kei
Ihr
der
gen

Stadt Bad Oldesloe
Der Bürgermeister
Örtliche Ordnungsbehörde -
Einwohnermeldestelle

d. 11. Februar 1952

An den
Kreisausschuß des Kreises Stormarn
Sozial- u. Jugendamt
- Körperbehinderten- u. Hinter-
bliebenenfürsorge
- 4 - 1/8 -

Vorwahrung
des Kreises Stormarn
12. FEB. 1952
Ak/Tg/Mr.

hier

Betr.: - Appelt -
Bezug: Dort. Schrb. v. 1.2.52.
Anl. wird die erbetene Bescheinigung
in doppelter Ausfertigung übersandt.

I. A.
[Signature]
Stadtinspektor

52

Die Beschwerde ist zu begründen.
Im Auftrage:
Ger. Vogler

as Land
1. S. 161)
an gerechnet,
r Schleswig-
teshaus,

b.w.



Protokoll

Re waren

Vorlage:
Beschluss

1950-1951

1950.
steig,
ndinckstr.

tr.

Mark oder mit einer der beiden Strafen bestraft.

Wie
sond
17 W
Vern



DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Geschäftszeichen: Ref. I 16 - f - Ba. /Cb.
(im Antwortschreiben anzugeben)

KIEL, den 1. Juli 1952
Landeshaus, Düsterbrookweg 70-90
Telefon 4 (891)
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags, donnerstags
und freitags von 09⁰⁰-13⁰⁰ Uhr

32

Kreis Stormarn
Der Kreisausschuß
- Kreissonderhilfsausschuß -
4 - 1/9

Herrn / ~~FRAX~~ / ~~FRAX~~.
Erich Appelt

in Bad Oldesloe
Wolkenweherweg 46

In Ihrer Haftentschädigungssache werden Sie unter Bezugnahme auf Ihren Antrag noch um Abgabe der nachstehenden Erklärung gebeten. Im Interesse der beschleunigten Bearbeitung liegt es, wenn Sie diese Erklärung umgehend hierher zurückreichen. In der Erklärung wollen Sie alle Beträge angeben, die die Höhe von 250,--RM bzw. DM übersteigen. Der Kreissonderhilfsausschuß weist Sie besonders auf die Richtigkeit der von Ihnen abzugebenden Erklärung hin. Für den Fall, daß Ihre Angaben sich später als unrichtig herausstellen sollten, ist der Kreissonderhilfsausschuß gehalten, Strafanzeige gegen Sie gemäß § 156 des StGB zu erstatten.

Im Auftrage des Landrates:

Wichs
(Dabelstein)
Sachbearbeiter

Haftentschä-
digung für das
eigenen Anspruchs
vom 30.1.1933
zeugung,
Weltanschauung
nicht worden ist.
ticht des
versucht zu
Unterlagen,
stellen, haben
in, dass Sie als
als "Roter"
Ihre Behauptung
Lübel gebrucht
dass ein als
rdert wurde.
haftnahme
wissen können
Zusammenfassend
id bewiesen
verzeugung zu
und deshalb

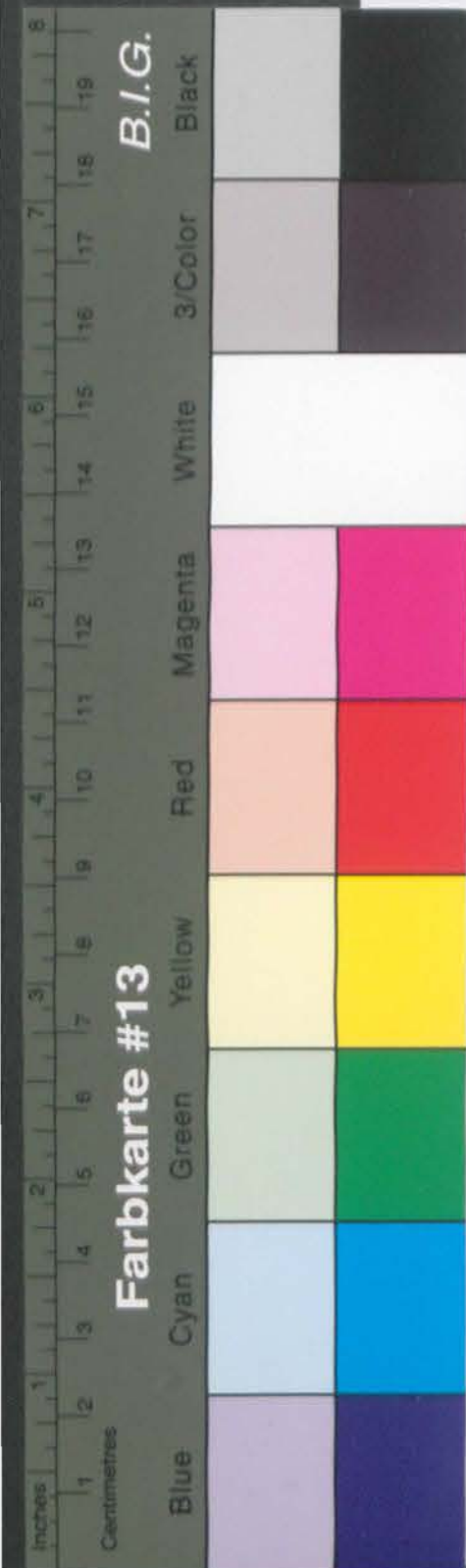
gemäß § 2,
das Land
21 S. 161)

an gerechnet,
Landes Schleswig-
Holstein - Sonderhilfsausschuß, Kiel, Landeshaus,
Düsterbrookweg 70/90 einlegen.
Die Beschwerde ist zu begründen.

Im Auftrage:
gez. Vogler

b.w.





Kreisarchiv Stormarn B2

Protokoll

der
aus

Es waren an

Vorlage: H

Beschluss:

DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

KIEL, den 11. Juli 1952
Landeshaus, Düsterbrookweg 70-90

ten:
gs, dienstags, donnerstags
gs von 09⁰⁰-13⁰⁰ Uhr



STADT BAD OLDESLOE

Der Bürgermeister
-Einwohnermeldestelle-

(24) BAD OLDESLOE, den 11.2.52

Beschneidung
Es wird hiermit bescheinigt, dass Erich
Appeit, geb. am 12.6.19 in Fritziar, wohnhaft
hier, Wolkenweger Weg 46, seit dem 7.5.45 wohnhaft
brochen in Bad Oldesloe gemeldet ist.



I. A.
Stadtspektor

von Haftentschä-

gesetzes für das
hat einen Anspruch
Zeit vom 30.1.1933
Überzeugung,
tner Weltanschauung
t beraubt worden ist.

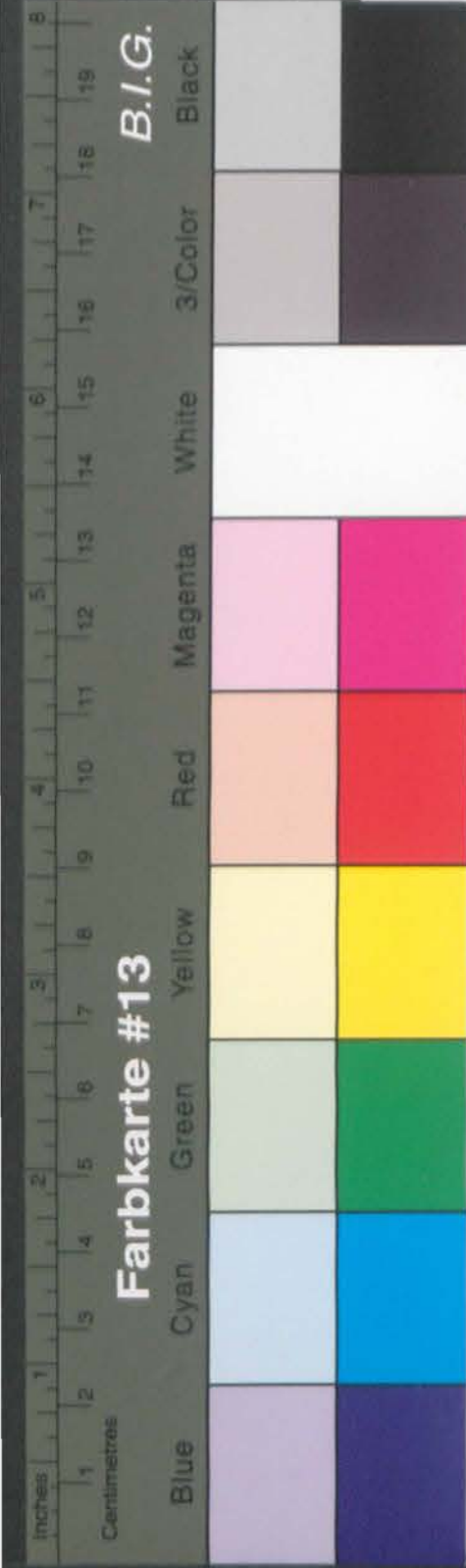
Idgericht des
Manneszucht zu
liche Unterlagen,
darstellen, haben
aupten, dass Sie als
t und als " Roter "
legen Ihre Behauptung
um Feldweibel gebracht
len, dass ein als
befördert wurde.
er Inhaftnahme
nem Wissen können
hen. Zusammenfassend
ichend bewiesen
en Überzeugung zu
sind und deshalb

1 Sie gemäß § 2,
für das Land
19 Nr.21 S.161)

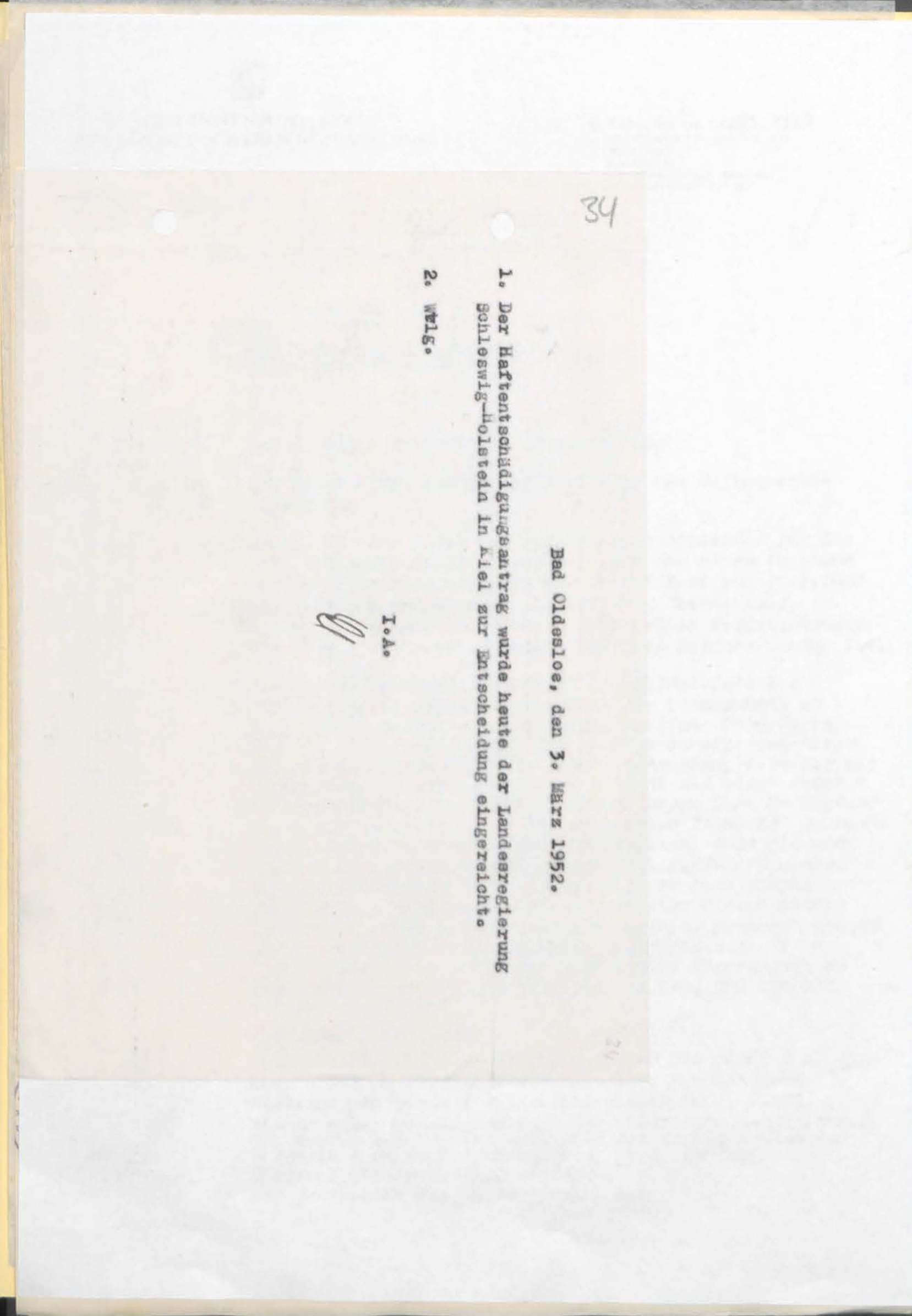
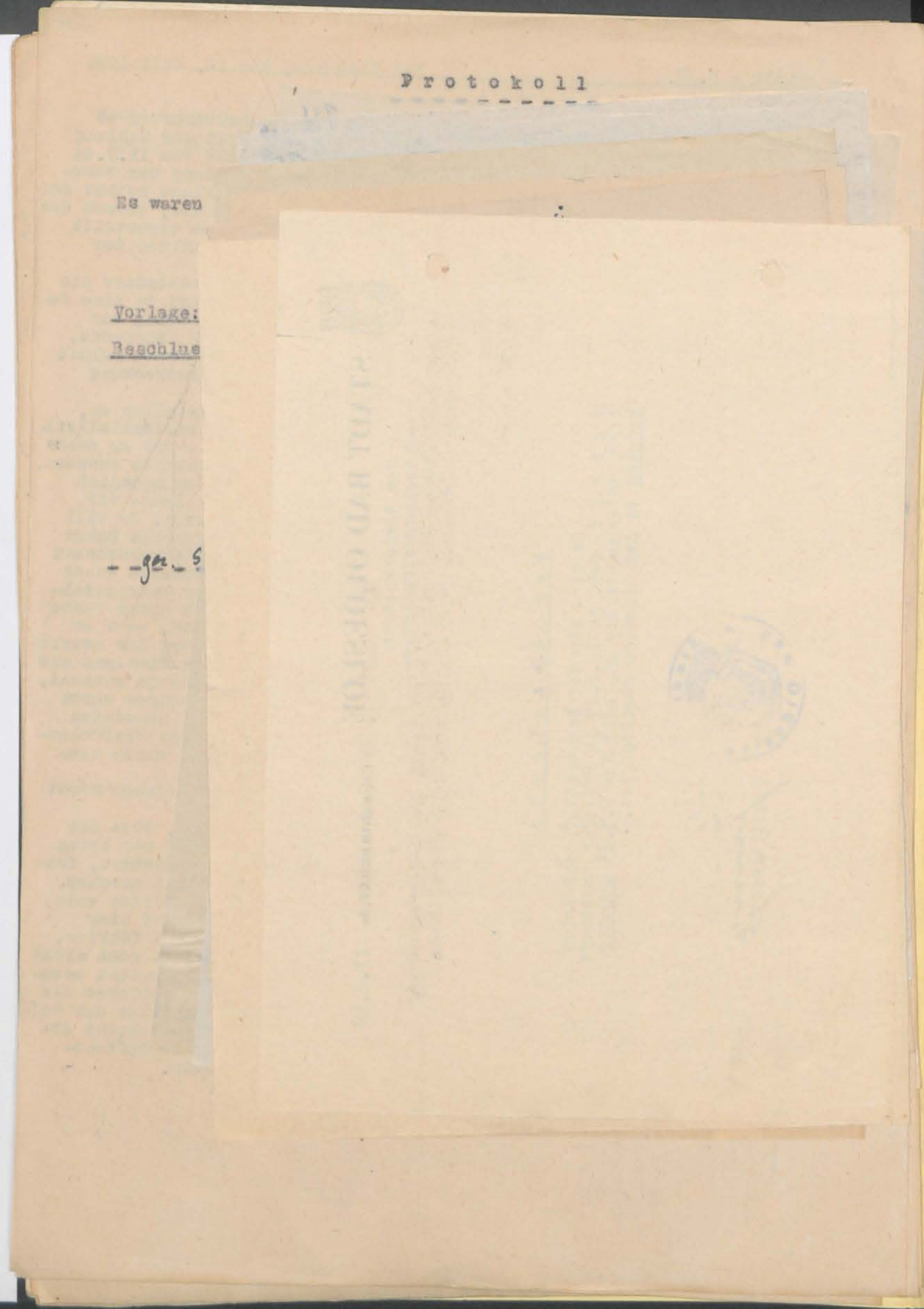
innen einem Monat, von dem Tag der Stellung an gerechnet,
Beschwerde bei dem Innenminister des Landes Schleswig-
Holstein - Sonderhilfsausschuss, Kiel, Landeshaus,
Düsterbrookweg 70/90 einlegen.
Die Beschwerde ist zu begründen.

In Auftrage:
Gex. Vogler

D. W.



Kreisarchiv Stormarn B2

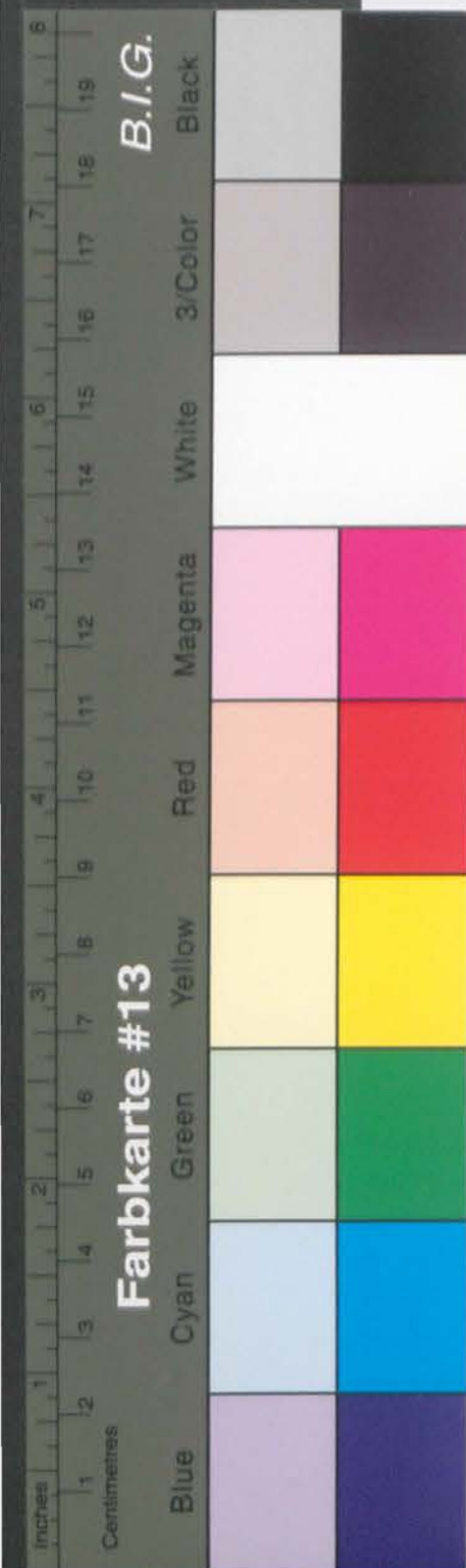


Bad Oldesloe, den 3. März 1952.

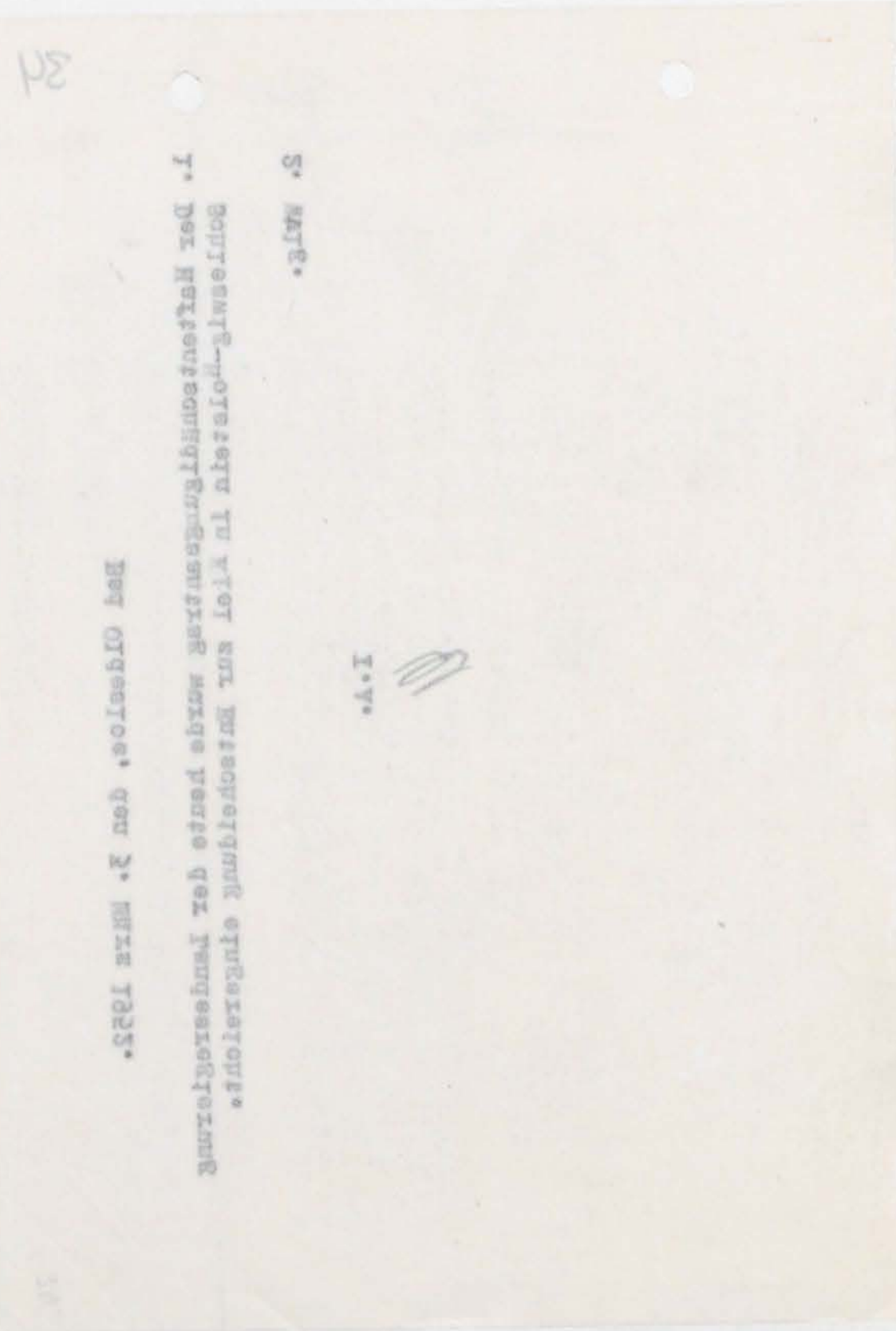
I. A.

2. WtLG.

1. Der Haftentschuldigungsantrag wurde heute der Landesregierung Schleswig-Holstein in Altona zur Entscheidung eingereicht.



Kreisarchiv Stormarn B2



DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Geschäftszahlen: Ref. I 16 - f - Ba. /Cb.
(Im Antwortschreiben anzugeben)

KIEL, den 11. Juli 1952
Landeshaus, Düsterbrooker Weg 70-90
Telefon 40891
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags, donnerstags
und freitags von 09⁰⁰-13⁰⁰ Uhr

Ab schrift

Herrn
Erich Appelt,

Bad Oldesloe Krs. Stormarn
Volkenweher Weg 46.

Betr.: Ihren Haftentschädigungsantrag.

Ich lehne Ihren Antrag auf Gewährung von Haftentschädigung ab.

Nach § 1, Abs. 1 des Haftentschädigungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 4.7.1949 hat einen Anspruch auf Haftentschädigung nur, wer in der Zeit vom 30.1.1933 bis 8.5.1945 wegen seiner politischen Überzeugung, seiner Rasse, seines Glaubens oder seiner Weltanschauung länger als einen Monat seiner Freiheit beraubt worden ist.

Sie wurden am 25.11.1944 durch das Feldgericht des Fliegerführers wegen Untergrabung der Manneszucht zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Amtliche Unterlagen, die den sachlichen Inhalt der Anklage darstellen, haben Sie nicht beigebracht. Sie selbst behaupten, dass Sie als Gegner des Nationalsozialismus bekannt und als "Roter" in Ihrer Einheit verschrissen waren. Gegen Ihre Behauptung steht die Tatsache, dass Sie es bis zum Feldwebel gebracht haben. Ich vermag mir nicht vorzustellen, dass ein als "Roter" verschrissener Soldat mehrfach befördert wurde. Ihre Zeugen können über den Grund Ihrer Inhaftnahme nur Vermutungen wiedergeben. Aus eigenem Wissen können die Zeugen keine präzisen Angaben machen. Zusammenfassend stelle ich fest, dass Sie nicht hinreichend bewiesen haben, dass Sie wegen Ihrer politischen Überzeugung zu dem obengenannten Vergehen gekommen sind und deshalb inhaftiert wurden.

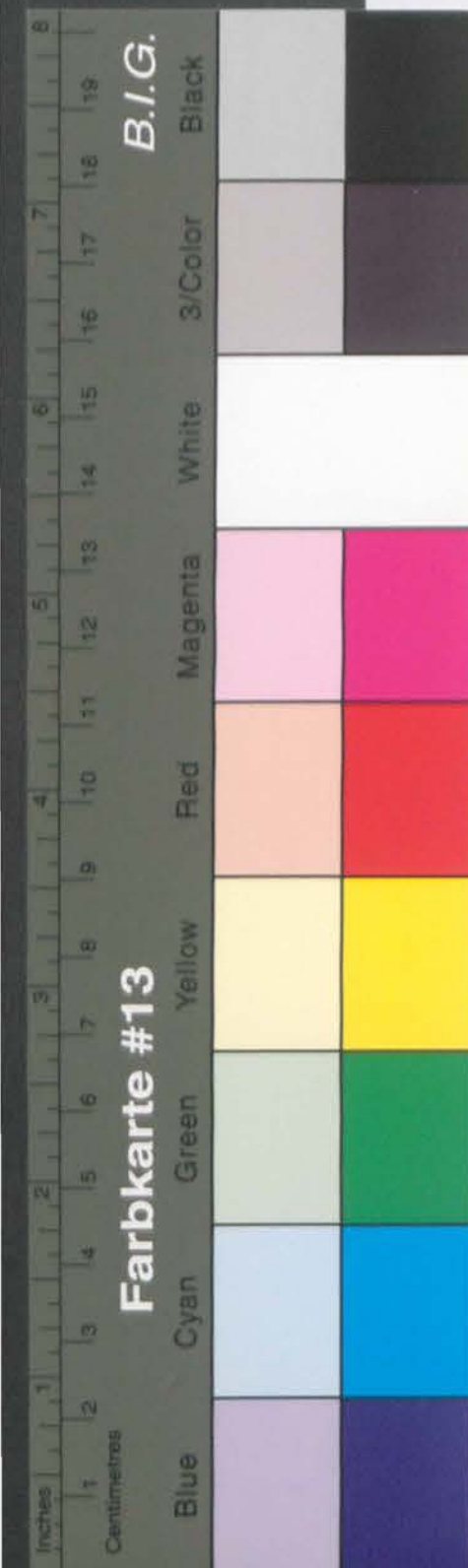
Rechtsmittelbelehrung:

Gegen den ablehnenden Bescheid können Sie gemäß § 2, Abs. 3 des Haftentschädigungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (GVBl. Schl. H. 1949 Nr. 21 S. 161) binnen einem Monat, vom Tage der Zustellung an gerechnet, Beschwerde bei dem Innenminister des Landes Schleswig-Holstein - Sonderhilfsausschuss, Kiel, Landeshaus, Düsterbrookerweg 70/90 einlegen. Die Beschwerde ist zu begründen.

Im Auftrage:
Gen. Vogler

b.w.





Kreisarchiv Stormarn B2

An den Herrn Landrat
für den Kreis Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss

Bad Oldesloe

1952
des Landrats des Kreises Stormarn
- 4. - 10. 1952
15/14

Umstehende Abschrift wird zur Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrage:

Bell 5. 8. 52
zum Vorgesetzten
Vogler.

47.

Im Auftrage des Landrates:

bitte ich um Mitteilung, ob das Haftentzückungsgesetz rechts-
kräftig abgeschloßen ist. Gf. bitte ich um Rückgabe meiner Handakten.

Art. 133. 134. 135.

In der Haftentzückungsgesetze Nr. 133 A p p e l t in Bad Oldesloe

in K i e l

An den
Herrn Landrat in der
des Landes Schleswig - Holstein
- Ref. 1 16 1 -

D. K.

10 10 3/14

5. MÄRZ 1953

- Appelt -

36

Kreisauerschule
des Kreises Stormarn

ts

Der Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein
11.10.1 - 2./Ba. -

DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Geschäftszeichen: I 16 j - Op/Ba -
(Im Antwortschreiben anzugeben)
- SHA dL. HE 852 -

An den
Herrn Landrat des Kreises Stormarn
- Sonderhilfsausschuss 4 - 1/9 -
in Bad Oldesloe

Betr.: Haftentschädigungsantrag Appelt.
Bezug: Ihr Schreiben vom 5.3.1953.

Über die Beschwerde des Herrn Appelt gegen die Ablehnung seines Antrages auf Haftentschädigung konnte der Sonderhilfsausschuss des Landes noch nicht entscheiden, da die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind. Nach Abschluss des Verfahrens erhalten Sie Ihre Akte zurück.

BAD. 9.4.53

Zum Vorgang.

(24b) KIEL, den 4. April 1953

Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70-90.
Telefon 40891
Fernschreiber 029823
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags, donnerstags
und freitags von 09⁰⁰-13⁰⁰ Uhr

Kreisausschuß
des Kreises Stormarn
- 7. APR. 1963
Ank. Tgb. Nr. 4

Im Auftrage: gez. Ziebert Beglaubigt:
Reg. Angest.

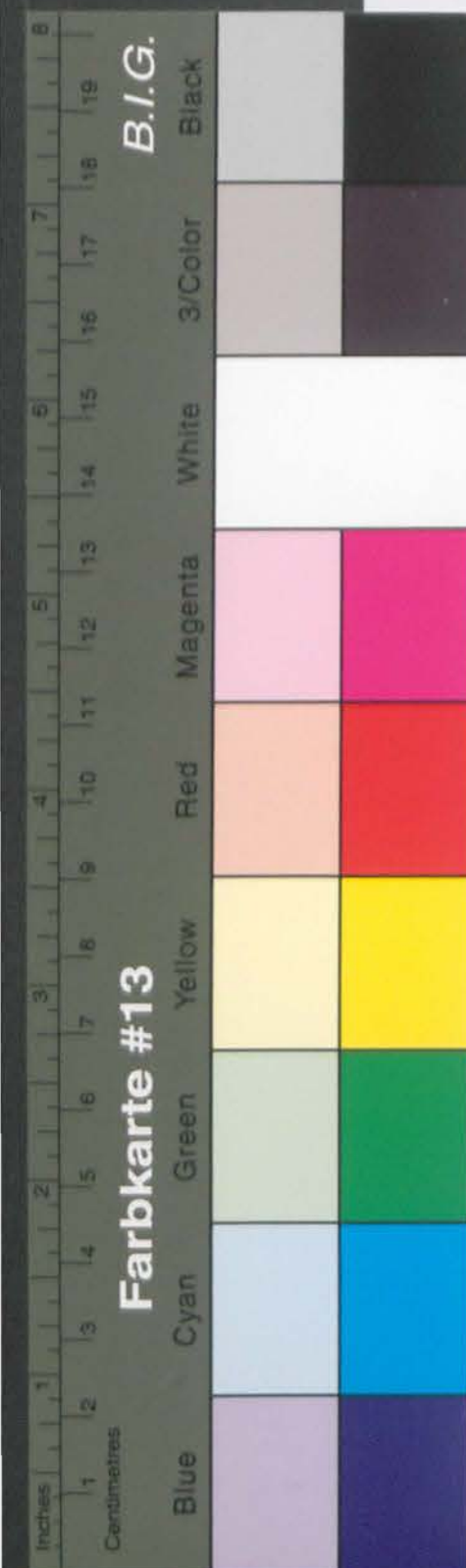


Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein lehnte mit Bescheid vom 31.7.1952 die Gewährung einer Haftentschädigung ab, weil der Antragsteller nicht bewiesen habe, daß er wegen seiner politischen Überzeugung zu dem genannten Verbrechen gekommen und deshalb inhaftiert worden sei. Gegen diesen Bescheid, der dem Antragsteller am 2.8.1952 zugestellt wurde, legte er Beschwerde ein. Die Beschwerde ist fristgerecht erhoben und begründet.

24

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

An den Herrn Landrat
für den Kreis Stormarn
K

B

U

des Landes Schleswig-Holstein
- 2. ABG 1952 -

DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN
DER INNENMINISTER

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

1. DE 1 - ON -

Der Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein
1. DE 1 - ON -

- SHADL. HE 852/52 -

An den
Herrn Landrat des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfsausschuss -
in Bad Oldesloe

Kreisausschuss
des Kreises Stormarn

17. AUG 1952

Beschluss

In der Haftentschädigungssache

des Herrn Erich Appelt, Bad Oldesloe Krs. Stormarn, Wolkenweher
Weg 46,

Antragstellers,

hat der Sonderhilfsausschuss des Landes in der Sitzung vom
3. Juli 1952 in Kiel, Landeshaus, durch den

Landtagsabgeordneten Dr. Pracher als Vorsitzenden

sowie

die Herren Döls und Kratzenberg als Beisitzer

auf die Beschwerde des Antragstellers vom 12.8.1952 gegen den
eine Haftentschädigung ablehnenden Bescheid des Innenministers
des Landes Schleswig-Holstein vom 31.7.1952 entschieden:

Der Beschwerde wird stattgegeben.
Dem Antragsteller ist eine Haft-
entschädigung für 7 Monate zu gewähren.

Gründe

Der am 12.6.1919 in Fritzlar Bezirk Kassel geborene Antrag-
steller ist von Beruf Chemigraph. Er hat am 1.1.1948, dem vom
Haftentschädigungsgesetz geforderten Stichtag, in Bad Oldesloe/
Schleswig-Holstein gewohnt. Am 6.11.1949 beantragte er die Zah-
lung einer Haftentschädigung für 7 Monate = 1.050,- DM. Zur Be-
gründung führte er aus, er sei am 11.9.1944 als Feldwebel bei
seiner Truppe in Finnland wegen abfälliger Äußerungen verhaftet
worden. Am 23.11.1944 habe ihn das Feldkriegsgericht KST/L/99/
1944 wegen Untergrabung der Manneszucht zu 3 Jahren Zuchthaus
und Aberkennung der Wehrwürdigkeit verurteilt. Von Finnland
sei er als Strafgefangener in die Haftanstalt Lübeck-Lauerhof
gekommen. Am 5.5.1945 sei er durch Einmarsch der englischen
Truppen befreit worden.
Zum Beweis seines Vorbringens hat der Antragsteller die Ur-
teilsabschrift des Feldgerichts KST/L/99/1944 beigebracht.

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein lehnte mit
Bescheid vom 31.7.1952 die Gewährung einer Haftentschädigung
ab, weil der Antragsteller nicht bewiesen habe, daß er wegen
seiner politischen Überzeugung zu dem genannten Vergehen gekom-
men und deshalb inhaftiert worden sei. Gegen diesen Bescheid,
der dem Antragsteller am 2.8.1952 zugestellt wurde, legte er
Beschwerde ein. Die Beschwerde ist fristgerecht erhoben und
begründet.



Kreisarchiv Stormarn B2

38

... 3 -

Nach § 1, Abs. 1 des Haftbeschäftigungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 4.7.1943 (GVBl. 1943, S. 161) kann ein Anspruch auf Haftbeschäftigung geltend gemacht werden, wenn in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 30. Mai 1945 wegen seiner politischen Überzeugung, seiner Rasse, seines Glaubens oder seiner Weltanschauung länger als einen Monat seiner Freiheit beraubt worden ist.

Das ist hier der Fall. Der Antragsteller hat mit der Beschwerde vorgetragen, er habe früher keiner politischen Partei angehört, da er noch zu jung gewesen sei. Später sei bei ihm die Erkenntnis und Reife gekommen sei, habe er dem Nationalsozialismus als einem Gegenüberstand. Er habe aus seiner Einstellung dem Nationalsozialismus gegenüber keinen Hehl gemacht und seine Meinung frei geäußert. Schon vor seiner Verhaftung sei er als "Korax" bezeichnet worden. In seiner Verhaftung sei es gekommen, weil er sich mit mehreren Unteroffizieren in ein politisches Gespräch eingelassen habe. Ein Teilweise, der in dem Gespräch teilgenommen habe, hat ihn dann wegen seiner politischen Ansichten gemeldet. In anderen Dingen habe er bezüglich seines Charakters und des NS-Verhaltens geäußert, die predigen ständig die Durch-
dringung der Rassen, und haben selbst aber schon auf dem Sprung mit den bereitstehenden Maschinen abgefeuert. Er selbst wurde den Anfang aber zu verhindern wissen, wenn sie von den Offizieren im Stich gelassen werden sollten. Das Beweise für seine Angaben hat der Antragsteller mehrere Zeugen benannt. Auch hat er eine Bescheinigung der Staatsanwaltschaft der Stadt Kiel vom 5.6.1953 beigebracht. Laut dieser Bescheinigung ist die gegen den Antragsteller durch Urteil des Landgerichts des Fliegerbundes 5 K 247/52 vom 23.11.1944 wegen Unterdrückung der Mannschaften § 2 Abs. 1 Nr. 1 des B. erkannte Freiheitsstrafe von drei Jahren und Verlust der Wehrfähigkeit gemäß § 2 des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtsfolge von 23.5.1946 (GVBl. Nr. 17, S. 137) und der Verord-
nung über die Gewährung von Straffreiheit vom 3.6.1947 im Straf-
register gelöscht. Der Antragsteller wurde vom Sonderkommando des Landes gerichtlich gehört und die Zeugen Robert Hehl, Robert Hehl, Wolf, Troisdorf, Willi, Dietrich, Rademacher und Meyer
Hehl, Ed. Olfendick mit Schreiben vom 22.11.1952 über die poli-
tische Einstellung des Antragstellers und den damaligen Tatbestand beigebracht. Ferner führt der Antragsteller an, dass er sei in einem nationalsozialistischen Harnas ertragen und sein Vater sei Sozialdemokrat gewesen. Seine Bekämpfung zum Teilweise sei aus fachlichen und militärischen Gründen erfolgt. Die Zeugen Hehl, Wolf und Dietrich, die ebenfalls stellen wie der Antrag-
steller angegeben, bestätigen ebenfalls, daß der Antragsteller ein ausgesprochenen Gegner des Nationalsozialismus war. Er habe seine Gegnerschaft öffentlich bekannt und sei deshalb des öffentlichen Gefährdungen, von Benannten Kenntnis zu werden. Der Zeuge Wolf erklärt, als im Jahre 1944 die Kontakte mit den sogenannten nationalsozialistischen Kampfbundgenossen unterbrochen wurde, habe den Antragsteller wegen seiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus aus Schloßmühl erklärt, das kleine Lichter-Männchen und Frauen teilen mußten. Der Zeuge Dietrich bekannt, daß er die Verhaftung des Antragstellers am 9.11.1944 in Kammern (Kinnand) selbst mitge-
führt habe. Der Zeuge Hehl, ein Mitangehöriger in der Wehrmacht, erklärt, daß er mit dem Antragsteller in Januar 1945 zusammen gewesen sei und von dem Nachschlüssel und aber auch von dem Antragsteller erfahren habe, daß er wegen der-
setzung der Wehrmacht inhaftiert wurde. Nach den des Zeugen ge-
führten Gesprächen miteinander müsse er bestätigen, daß der

- 3 -

40

- 3 -

Antragsteller ein ausgesprochene Gegner des Nationalsozialismus gewesen sei. Auch als Häftling sei er wegen seiner Äußerungen verurteilt, besonders scharf bewacht und auch behandelt worden.

Der Sonderhilfeausschuss des Landes hat aus dem Gesamtergebnis des Verfahrens den Schluss gezogen, daß der Antragsteller so-
wohl aus politischen wie auch aus weltanschaulichen Gründen seiner Freiheit beraubt worden ist. Die Voraussetzungen des § 1, Abs. 1 des Gesetzes sieht der Ausschuss als gegeben an. Da der Haftbeginn (9.11.1944) nicht bewiesen ist, unterstellt der Ausschuss die Angaben des Antragstellers in Verbindung mit der Aussage des Zeugen Dietrich als glaubhaft. Das Haftende (4.5.1945) ist durch die Bescheinigung des Männerstrafgefäng-
nisses Lübeck-Lauerhof erwiesen. Der Ausschuss hatte daher keine Bedenken, der Beschwerde stattzugeben und die Zeit vom 9.11.1944 bis 4.5.1945 als entschädigungspflichtig anzuerkennen.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluß ist das Rechtsmittel der Klage beim Landes-
verwaltungsgericht in Schleswig, Regierungsgebäude, gegeben. Die
Klage ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Beschlusses
bei dem obengenannten Gericht einzureichen.

gez. Dr. Pracher
Vorsitzender

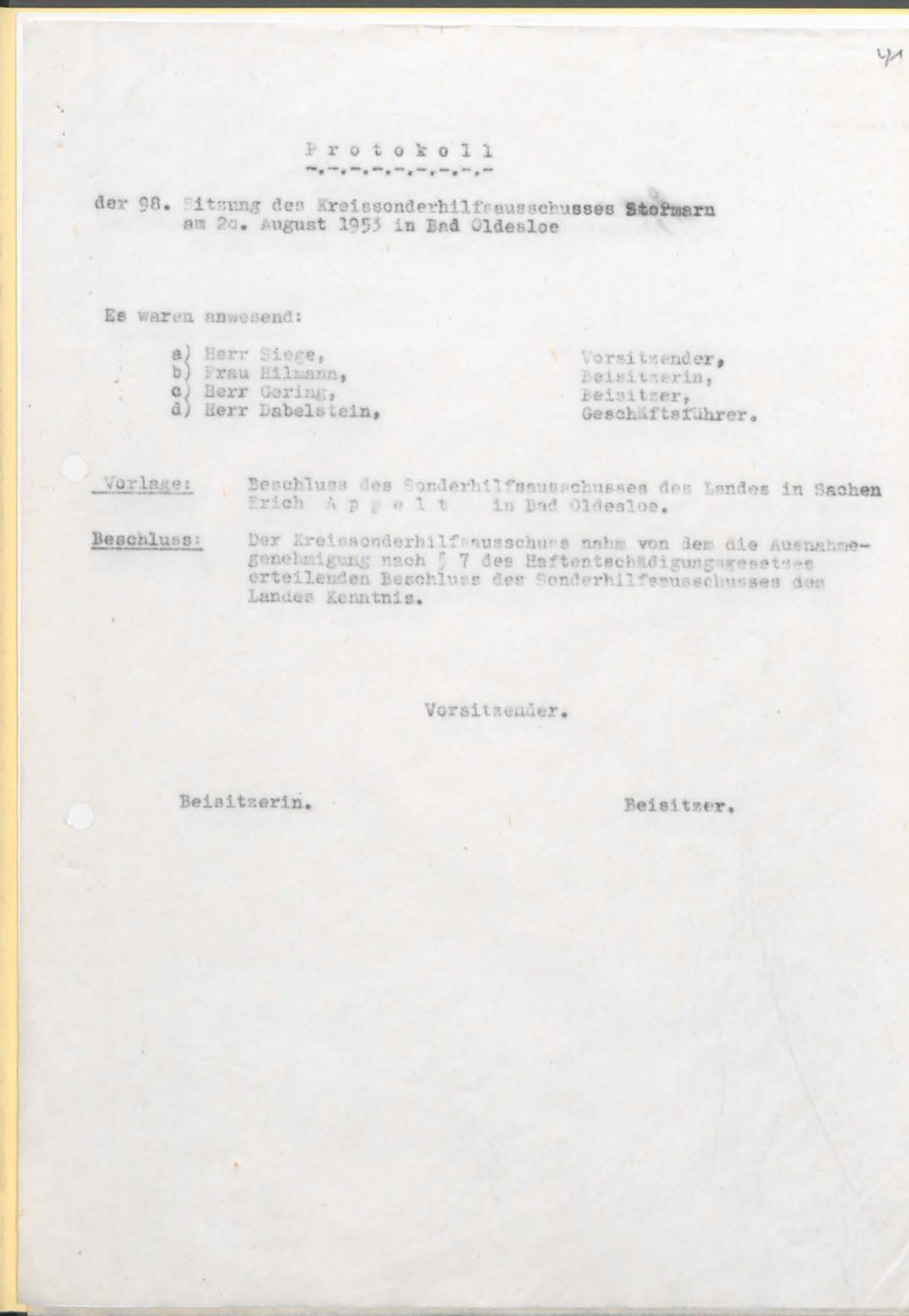
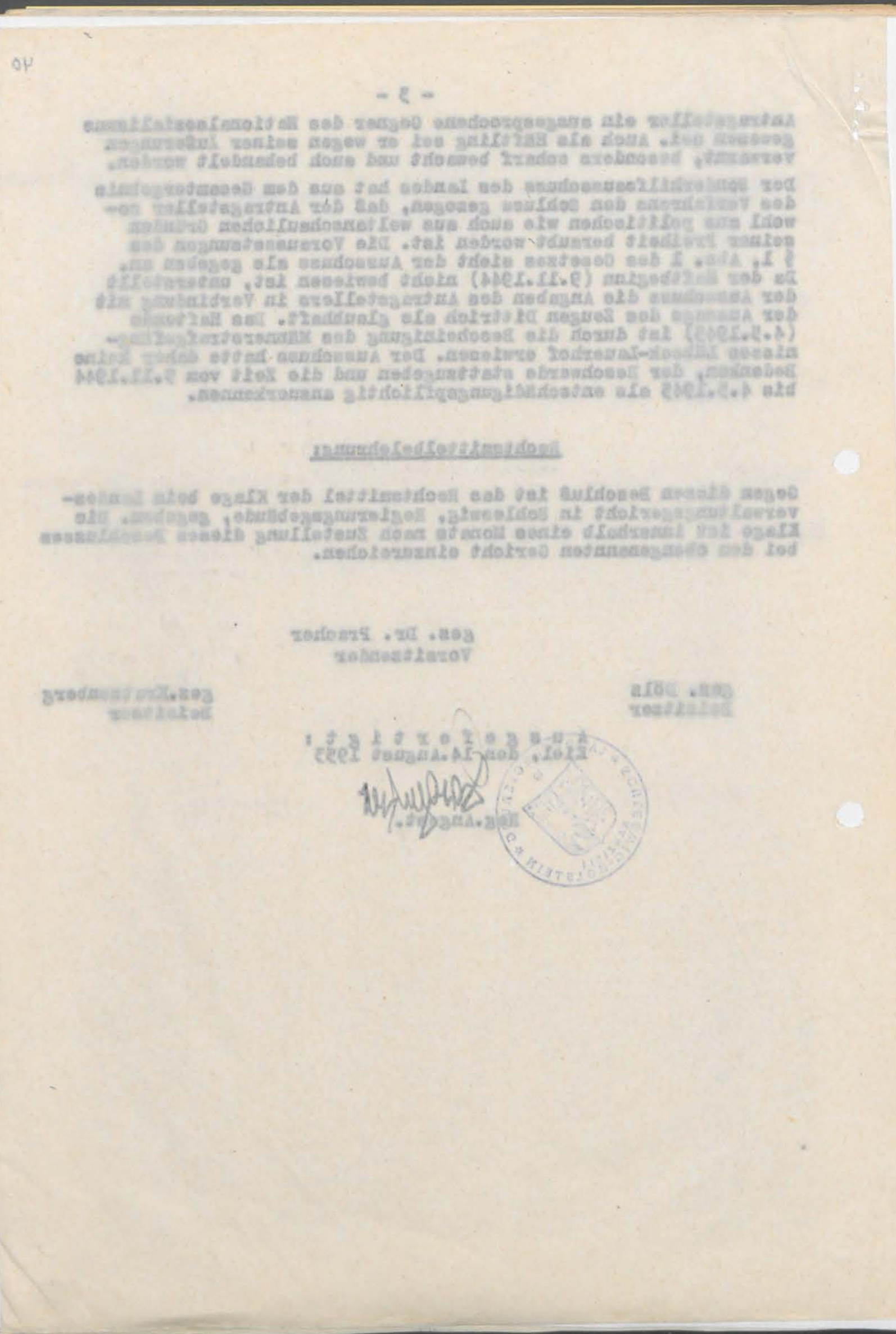
gez. Dülz
Beisitzer

gez. Kratzberg
Beisitzer





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

3

Protokoll
der 98. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn
am 20. August 1953 in Bad Oldesloe

Es waren anwesend:

a) Herr Siege,
b) Frau Hilmann,
c) Herr Gering,
d) Herr Dabelstein,

Vorsitzender,
Beisitzerin,
Beisitzer,
Geschäftsführer.

Vorlage: Beschluss des Sonderhilfeausschusses des Landes in Sachen
Erich A p p e l t in Bad Oldesloe.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss nahm von dem die Ausnahme-
genehmigung nach § 7 des Haftentschädigungsgesetzes
erteilenden Beschluss des Sonderhilfeausschusses des
Landes Kenntnis.

Vorsitzender.
Beisitzerin.
Beisitzer.

42

Protokoll
der 98. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn
am 20. August 1953 in Bad Oldesloe

Es waren anwesend:

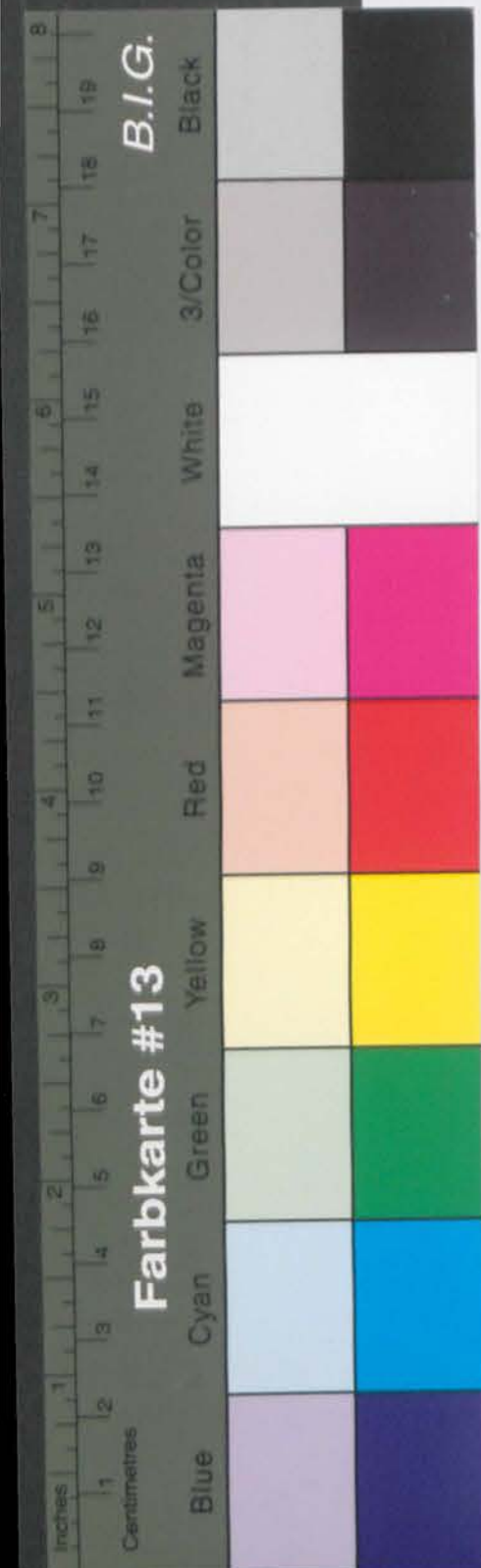
a) Herr Siege,
b) Frau Hilmann,
c) Herr Gering,
d) Herr Dabelstein,

Vorsitzender,
Beisitzerin,
Beisitzer,
Geschäftsführer.

Vorlage: Beschluss des Sonderhilfeausschusses des Landes in Sachen
Erich A p p e l t in Bad Oldesloe.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss nahm von dem die Ausnahme-
genehmigung nach § 7 des Haftentschädigungsgesetzes
erteilenden Beschluss des Sonderhilfeausschusses des
Landes Kenntnis.

Vorsitzender.
Beisitzerin.
Beisitzer.



Kreisarchiv Stormarn B2

34

Protokoll
der 98. Sitzung des Kreisanderhilfenausschusses Stormarn
am 20. August 1953 in Bad Oldesloe

Es waren anwesend:
a) Herr Stiege,
b) Frau Hilmann,
c) Herr Gering,
d) Herr Dabatsch,
Vorstand,
Beisitzer,
Beisitzer,
Geschäftsführer.

Vorleser:
Beschluss des Sonderhilfenausschusses des Landes in Sachen
Erich A p e l t in Bad Oldesloe.

Beisitzer:
Der Kreisanderhilfenausschuss nahm von dem die Annahme-
genehmigung nach § 7 des Haftentschädigungsgesetzes
erfolgenden Beschluss des Sonderhilfenausschusses des
Landes Kenntnis.

Beisitzer.
Vorstand.

Kreis Stormarn
Der Landrat
- Kreisentschädigungsamt -
4-1/9

Bad Oldesloe, den 18. Dezember 1953

Herrn/Ernen/Ernlein

ph

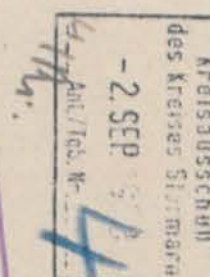


Im Auftrag:
Gez. Wolters

2.11.53

In der Anlage erhalten Sie den Haftentschädigungsantrag
des/der
Herrn Erich A p e l t, Bad Oldesloe

An den
Herrn Landrat
- Kreisanderhilfenausschuss -
in Bad Oldesloe



Der Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein
Ref. I 16 f-11

Kiel, den 29.8.53

g - Holstein habe ich
Bundesergänzungsgesetz-
tialistischen Verfol-

leitung zur Ausfül-
gsvordrucke mit der
leitung genauestens

gsanträge läuft am
der erforderlichen Be-
gend Zeit, diese zu

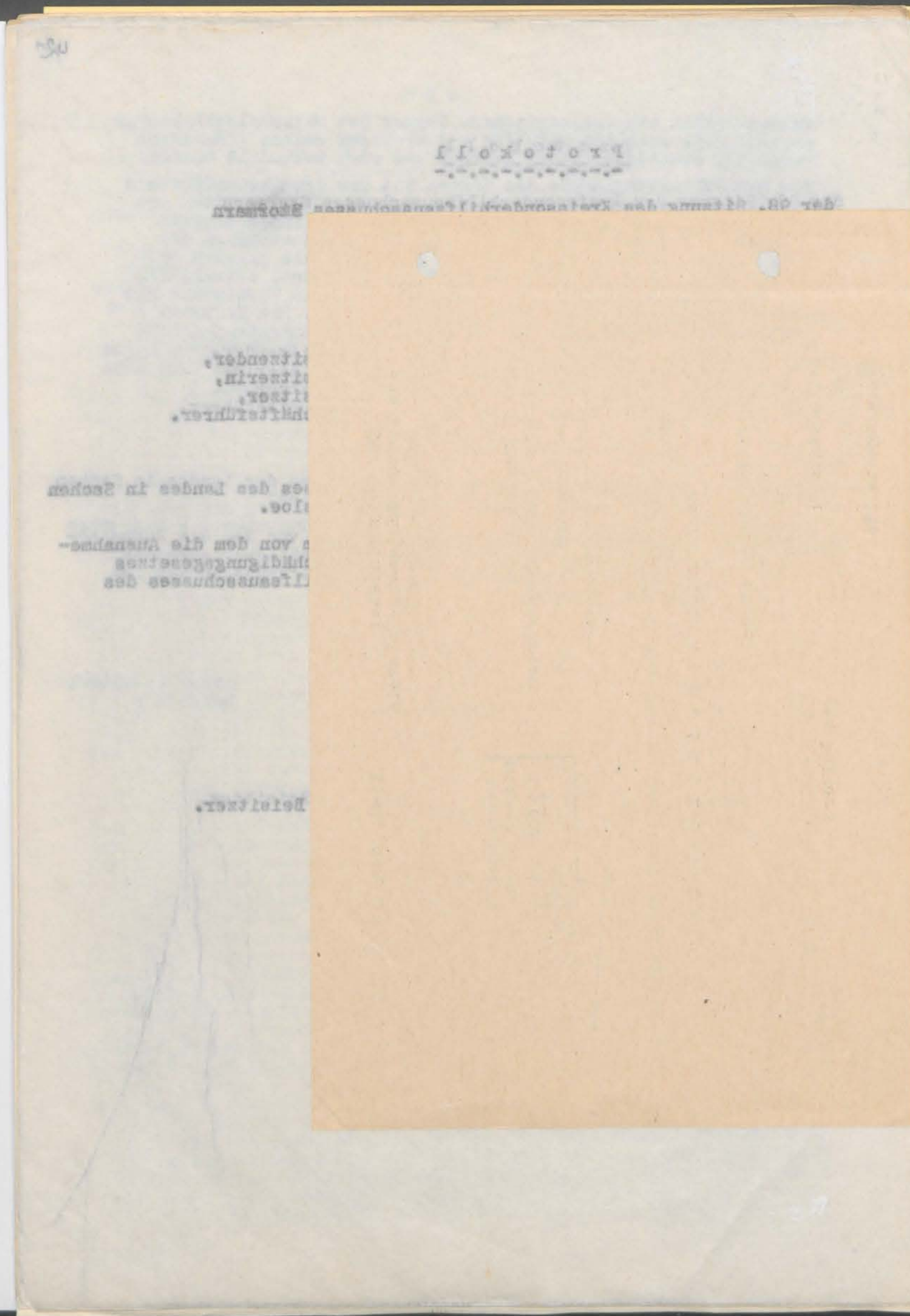
iten auftreten, bitte
Bei persönlichen Be-
, mittwochs und frei-
ich Abstand zu nehmen,
ebliche Zeit und Mehr-
erforderlichen Be-

zeit, dass alle Fragen
ragen vermieden werden.

nden haben, bitte ich
lt wieder einzureichen.
ldigungsgesetzes An-
um Rückgabe der Frage-



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreis Stormarn
Der Landrat
-Kreisentschädigungsamt -
4-1/9

Bad Oldesloe, den 18. Dezember 1953

Herrn/Frau/Fräulein

Brich Appel t . . .

in Bad Oldesloe

Wolkenweher Weg 46.

Von dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein habe ich inzwischen die Antragsformulare auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erhalten.

In der Anlage übersende ich Ihnen daher eine Anleitung zur Ausfüllung des Entschädigungsantrages und zwei Antragsvordrucke mit der Bitte, bei der Ausfüllung der Fragebogen die Anleitung genauestens zu beachten.

Die Frist für die Einreichung der Entschädigungsanträge läuft am 30.9.1954 ab. Soweit Sie noch nicht im Besitz der erforderlichen Beweisunterlagen sind, haben Sie daher noch genügend Zeit, diese zu beschaffen.

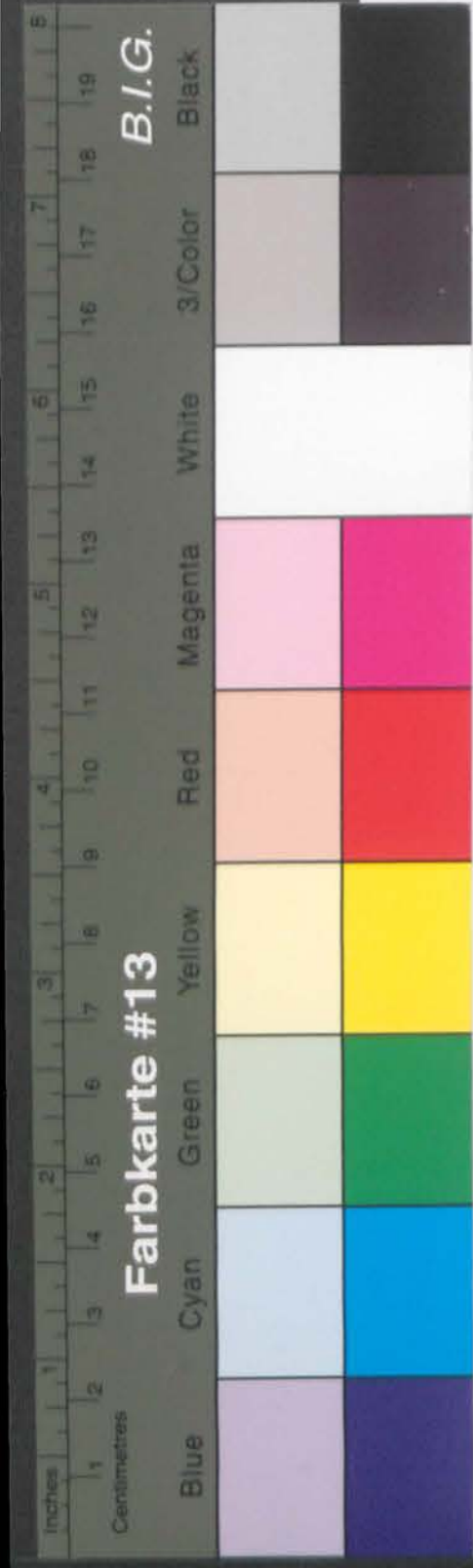
Soweit bei der Ausfüllung der Anträge Unklarheiten auftreten, bitte ich Sie, sich an meine Dienststelle zu wenden. Bei persönlichen Besuchen wollen Sie bitte die Sprechzeiten montags, mittwochs und freitags beachten. Von unnötigen Rückfragen bitte ich Abstand zu nehmen, da die Bearbeitung der anfallenden Anträge erhebliche Zeit und Mehrarbeit erfordert und durch die nicht unbedingt erforderlichen Besuche usw. die Bearbeitung nur verzögert wird.

Es ist in Ihrem eigenen Interesse von Wichtigkeit, dass alle Fragen so erschöpfend beantwortet werden, dass Rückfragen vermieden werden.

Sobald Sie die erforderlichen Unterlagen in Händen haben, bitte ich Sie, mir die beiden Antragsformulare ausgefüllt wieder einzureichen. Sollten Sie jedoch auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes Anträge nicht mehr zu stellen haben, bitte ich um Rückgabe der Fragebogen.

Im Auftrage:

W. H. H. H. H.



Kreisarchiv Stormarn B2

